



Universiteit
Leiden
The Netherlands

Die Niederlande: ein Land des politischen Kompromisses?

Heyer, A; Lehnert, D.

Citation

Heyer, A. (2023). Die Niederlande: ein Land des politischen Kompromisses? In D. Lehnert (Ed.), *Transnationale Demokratisierung in Europa Von den Anfängen bis in die Gegenwart* (pp. 156-190). Berlin: Metropol Verlag. Retrieved from <https://hdl.handle.net/1887/3566574>

Version: Publisher's Version

License: [Licensed under Article 25fa Copyright Act/Law \(Amendment Taverne\)](#)

Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/3566574>

Note: To cite this publication please use the final published version (if applicable).

Detlef Lehnert (Hg.)

Transnationale Demokratisierung in Europa

Von den Anfängen bis in die Gegenwart



METROPOL

Umschlagabbildung:

Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg, 14. April 1999

Bundesregierung, B 145 Bild-00010798 / Fotograf: Schambeck, Arne

ISBN: 978-3-86331-689-1

© 2023 Metropol Verlag

Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin

www.metropol-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten

Druck: AALEXX Druck Produktion, Großburgwedel

Inhalt

Detlef Lehnert

Entwicklungen und Interpretationen von transnationaler Demokratisierung in Europa	7
--	---

I. Länderstudien zu drei Großstaaten

Monika Wienfort

Großbritanniens „transnationale“ demokratische Entwicklung von den „Irish Home Rule“-Konflikten bis zur Entkolonialisierung	33
--	----

Georg Kreis

Frankreich – der Baumeister der europäischen Gemeinschaft? Zum Primat der französischen Innenpolitik: Parteipolitische Varianten des Europa-Engagements	55
---	----

Alexander Deycke / Matthias Micus

Segmentierte Nation und fragmentierte politische Sozialmilieus. Italien seit 1945 und als europäischer Gründerstaat	83
--	----

II. Länderstudien zu kleineren Nationalstaaten

Silvia Serena Tschopp

(Nationale) Einheit aus der Vielfalt? Zum Demokratiemodell der modernen Schweiz	125
--	-----

Anne Heyer

Die Niederlande: Ein Land des politischen Kompromisses?	157
---	-----

Teresa Nentwig

Belgien zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert. Probleme der Demokratisierung des parlamentarischen Konstitutionalismus in einem binationalen Staat	191
---	-----

III. Staatenübergreifende Betrachtungen

Sven Jochem

Nordeuropäische Demokratisierungspfade.

Zwischen nationaler Abgrenzung und internationaler Verbundenheit ... 229

Detlef Lehnert

Von der Habsburger Vielvölker-Monarchie zur österreichischen
und tschechoslowakischen Republik.

Strukturanalysen, Deutungsmuster und Theoriekonzepte 265

Peter Brandt

Transnationale Demokratisierungsimpulse

des deutschen sozialdemokratischen und linkssozialistischen Exils 335

Robert Chr. van Ooyen

Die Staats- und Demokratietheorie des Bundesverfassungsgerichts

und sein Unverständnis für die transnationale Europäische Union 369

Die Autorinnen und die Autoren 395

Die Niederlande: Ein Land des politischen Kompromisses?

Die Geschichte der Niederlande ist von kontrastreichen Gegensätzen gekennzeichnet. Das Land ist heute einer der progressivsten Staaten in Europa und weltweit bekannt für seine offene Gesellschaft. Deutlich früher als in den meisten europäischen Staaten wurde hier die gleichgeschlechtliche Ehe und eine leicht zugängliche Abtreibungspolitik umgesetzt. Die liberale Drogenpolitik ist ein anderes Beispiel für das tolerante gesellschaftliche Klima des Landes. Auf politischer Ebene sind die Niederlande als Konsensdemokratie bekannt geworden.¹ Historisch wird dieses aufgeschlossene Gesellschaftsmodell durch das Phänomen der *Verzuiling* (Versäulung) erklärt. Die Versäulung ist „eine spezifische Form von Ethnisierung/Segmentierung“ in formellen und informellen Organisationen.² In den Niederlanden führte diese soziale Diversität im 19. Jahrhundert zu eigenen Organisationsstrukturen in Parteien, Zeitungen und später auch Fernsehsendern für jede gesellschaftliche Gruppe. Um politische Entscheidungen trotz der gesellschaftlichen Aufteilung in die jeweiligen Säulen zu ermöglichen, etablierten die Eliten eine Kultur der sorgfältigen Verhandlungen und pragmatischen Kompromisse.³

Das Bild von Konsens und Harmonie mag den Eindruck einer geradlinigen, schnellen und unumstrittenen Demokratiegeschichte erwecken. Nicht umsonst ist das friedliche Austragen von Konflikten und die Integration der politischen Opposition in Entscheidungsprozessen eine der grundsätzlichen Eigenschaften von demokratischen Systemen. Dieser Interpretation steht die Vernachlässigung von demokratischen Prinzipien und Praktiken in den Niederlanden bis

- 1 Arend Lijphart, *The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands*, Berkeley 1975.
- 2 Hans Knippenberg/Herman van der Wusten, *De zuilen, hun locale manifestaties en hun restanten in vergelijkend perspectief*, in: Corrie van Eijl u. a. (Hg.), *Sociaal Nederland. Contouren van de Twintigste Eeuw*, Amsterdam 2001, S. 137.
- 3 P. van Dam, *Een wankel vertoog. Over ontzuiling als karikatuur*, in: *Bijdragen en mededelingen betreffende de geschiedenis der Nederlanden* 126,3 (2011), S. 52–77.

in das frühe 20. Jahrhundert entgegen. Das niederländische Verständnis von Politik konzentrierte sich lange auf die Verwaltung mit wenig Interesse an der Beteiligung des Volkes von Seiten der politischen Eliten.⁴ Während in vielen europäischen Staaten die Erweiterung der politischen Partizipation zunehmend akzeptiert und umgesetzt wurde, blieben niederländische Eliten lange skeptisch und zurückhaltend. Insbesondere das wichtige demokratische Instrument der universellen und gleichen Wahl wurde auffallend spät und langsam in den Niederlanden umgesetzt. Ein Jahr nach der Verfassungsreform von 1888 waren nur 26,5 % der männlichen Bevölkerung wahlberechtigt.⁵ Erst die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechtes 1917 und das Frauenwahlrecht 1919 ermöglichte die wahlrechtliche Annäherung an andere europäische Länder.

Dieser Beitrag wird die auffallenden Gegensätze in der niederländischen Demokratiegeschichte von politischen Kompromissen und später Entstehung formaler demokratischer Institutionen anhand von neuen Forschungsansätzen aus der politischen Geschichte kritisch deuten und einordnen. Im Allgemeinen erfordert die Erforschung historischer Prozesse einen umsichtigen Umgang mit der Vergangenheit. Soweit möglich muss die Entwicklung früher demokratischer Institutionen losgelöst vom Verständnis von Demokratie aus dem 21. Jahrhundert analysiert werden. Dieser Ansatz ist in den letzten Jahrzehnten durch eine Erneuerungsbewegung innerhalb der politischen Geschichte erfolgreich vorangetrieben wurden.⁶ Unter dem Begriff der politischen Kultur haben Historiker die informelle Seite politischer Veränderungsprozesse jenseits von formellen politischen Organisationen erforscht. Die Entwicklung der Demokratie wird so nicht länger als einförmig, sondern von vielen Umbrüchen gekennzeichnet gesehen.⁷ Der vorliegende Beitrag bringt zwei Arten von Demokratiegeschichte zusammen. Die Erforschung der formellen Seite von Politik ergibt sich aus den Erfahrungen der niederländischen Eliten und ihrem Einfluss auf die Erweiterung politischer Rechte. Die späte Etablierung von demokratischen Institutionen ist somit der Ausgangspunkt, um das Bild der Niederlande als demokratisches

4 Henk te Velde, The Emergence of the Netherlands as a 'democratic' Country, in: *Journal of Modern European History* 17,2 (2019), S. 161–170.

5 Ron de Jong u. a., *Verkiezingen op de kaart 1848–2010. Tweede Kamerverkiezingen vanuit geografisch perspectief*, Utrecht 2011, S. 34.

6 Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28,4 (2002), S. 574–606.

7 Jussi Kurunmäki u. a., Introduction, in: Ders. u. a. (Hg.), *Democracy in Modern Europe. A Conceptual History*, New York 2018; Martin Conway, *Western Europe's Democratic Age*, Princeton 2020.

Musterland zu hinterfragen. Die zweite Perspektive ergibt sich aus den oft informellen Beteiligungsprozessen der politischen Akteure, die nicht zu den politischen Eliten gehörten. In den Niederlanden hat die Erforschung der Versäulung den Blick auf die vielfältigen inoffiziellen Aktivitäten der Zivilgesellschaft geschärft. Aufgrund ihrer breiten und undeutlichen Definition bedarf es einer erneuten Einordnung sowohl der Versäulung als auch des Konsensmodells in der niederländischen Geschichte.⁸

Diese Neubewertung u. a. des Versäulungsbegriffs innerhalb der politischen Geschichte kann durch die Einbeziehung des europäischen und globalen Kontexts vorangetrieben werden. Als kleines Land mit langer Handels- tradition eignen sich die Niederlande besonders, um eine transnationale Demokratiegeschichte zu erzählen. Im Gegensatz zu einer alleinigen Fokussierung auf die Versäulung soll im Folgenden auch auf die Gemeinsamkeiten mit anderen europäischen Staaten verwiesen werden. Weiterhin ist hervorzuheben, dass die „kleinen“ Niederlande auch Subjekt und Objekt der politischen Entwicklungen in anderen Staaten waren. Transnationale Prozesse werden oft durch direkten und indirekten Transfer beschrieben.⁹ Wiederholt kam es in den Niederlanden zu militärischen Interventionen anderer Staaten. Diese direkte Beeinflussung von politischen Entwicklungen konnte in der langfristigen Entwicklung auch Widerstand gegen die fremden Besetzer hervorrufen. Weiterhin waren die Niederlande auch indirekt durch Demokratisierungsprozesse im Ausland beeinflusst, die oft als Vorbild für niederländische Institutionen fungierten. Selbst konnten die Niederlande als Vorbild direkten und indirekten Einfluss auf andere Staaten ausüben. Hierbei ist auch auf die koloniale Geschichte der Niederlande zu verweisen. Im Folgenden wird deswegen zunächst ein chronologischer Überblick über die niederländische Geschichte gegeben. Hierbei wird sowohl die Entwicklung von formellen als auch informellen demokratischen Institutionen in die Analyse miteinbezogen. Insbesondere die Frage des Konsensmodells mit seiner Bedeutung für die Demokratiegeschichte wird anhand dieser neuen Ansätze und des internationalen Kontextes analysiert.

- 8 Hans Blom, Vernietigende Kracht en nieuwe vergezichten. Het onderzoeksproject verzuiling op lokaal niveau geëvalueerd, in: Ders./Jaap Talsma (Hg.), *De verzuiling voorbij. Godsdienst, stand en natie in de lange negentiende eeuw*, Amsterdam 2000, S. 203–236.
- 9 Henk te Velde, Political Transfer. An Introduction, in: *European Review of History* 12,2 (2005), S. 205–221.

1. Zur (Vor-) Geschichte eines demokratischen Experiments mit überraschendem Ausgang

Die Fähigkeit zum Kompromiss ist oft als typische Eigenschaft der niederländischen politischen Kultur beschrieben worden. Bereits vor dem Entstehen des modernen Nationalstaates Ende des 19. Jahrhunderts verweist der zentrale Begriff des Poldermodells auf eine lange Tradition von gemeinsamen und friedvoll getroffenen Entscheidungen. Bis heute bedeutet das niederländische Wort *polderen* den Versuch, Probleme durch Beratung zu lösen. Das bekannteste Beispiel für das Poldermodell ist die Verwaltung der niederländischen Wasserwirtschaft, die bereits im Mittelalter zu einem effektiven Deichsystem führte. Der kontinuierliche und überlebensnotwendige Kampf gegen Überschwemmungen erforderte beständig Koordination und Kompromisse zwischen verschiedenen Interessen der Entscheidungsträger.¹⁰ So ist es wenig verwunderlich, dass für viele Niederländer die politische Kultur des Poldermodells bis heute die niederländische Politik bestimmt. Das Poldermodell gilt auch als Erklärung für die graduelle Einführung von demokratischen Institutionen. In den Niederlanden, so scheint es, fanden Demokratisierungsprozesse ohne die gewalttätigen Verwerfungen anderer europäischer Staaten statt.

Dass diese Theorie von der Entstehung demokratischer Institutionen nicht unumstößlich mit der Praxis des politischen Konsensmodells vereinbar war, zeigen die politischen Umbrüche der Batavischen Republik (1795–1806). Die Batavische Republik markierte die erste Erfahrung mit demokratischen Praktiken in den modernen Niederlanden. Das revolutionäre Zeitalter des ausgehenden 18. Jahrhunderts hatte Europa und die Welt erschüttert. Für die Akteure in den Niederlanden war vor allem die Revolution in Frankreich eine Inspiration und führte zu einer Machtverschiebung. Bereits in den 1780er-Jahren hatten die sogenannten Patrioten probiert, die absolutistische Monarchie abzuschaffen. 1795 konnte dieser erfolglose Versuch mit Hilfe der revolutionären französischen Truppen in die politische Realität der Batavischen Republik umgesetzt werden. Der Statthalter und Stammfürst des Hauses von Oranje, Wilhelm V. (1748–1806), musste das Land verlassen, um den Platz für eine republikanische Regierung frei zu machen. Innerhalb der neuen politischen Ordnung der Batavischen Republik waren die Begriffe Demokratie und Republik wegweisend. Der Name der patriotischen Zeitung *De Democraten* zeigte das frühe Aufleben des Demokratiebegriffs in politischen Diskursen. Hervorzuheben ist die

10 Jona Lendering, *Polderdenken. De wortels van de Nederlandse overlegcultuur*, Amsterdam 2005.

Einführung des indirekten allgemeinen Männerwahlrechtes, das über Wahlmänner die Wahl der Abgeordneten organisierte. Die Patrioten verbanden den Begriff der Volkssouveränität mit der direkten und repräsentativen Demokratie.¹¹ Gleichzeitig war in den Niederlanden ähnlich wie in anderen europäischen Staaten die Umsetzung der Volkssouveränität in politische Institutionen umstritten und unerprobt.¹² Innerhalb der Batavischen Republik war die Befürchtung einflussreich, dass sich Bürger nicht genug in politische Prozesse einbringen und sich dadurch wie „tot und begraben“ nach der Abgeordnetenwahl verhalten würden.¹³ Dieses Misstrauen gegen die repräsentative Organisation des Parlamentes führte zu Vorschlägen hinsichtlich der Bewaffnung von Bürgern und regelmäßiger Bürgerversammlungen. Letztendlich blieb die *Nationale Vergadering* (Nationalversammlung) die zentrale politische Institution. Es mag überraschend wirken, aber die Niederlande nahmen für eine kurze Periode die Vorreiterrolle innerhalb europäischer Demokratisierungsprozesse ein.

Durch die transnationale Perspektive lässt sich dieses frühe demokratische Experiment der Batavischen Republik in den europäischen Kontext einordnen. In Anbetracht der dominanten Position Frankreichs war es wenig verwunderlich, dass die niederländische Nationalversammlung nach dem französischen Modell entworfen wurde.¹⁴ Oft wird aber vergessen, dass dieser für viele Zeitzeugen demokratische Moment zugleich außerhalb Frankreichs und den Niederlanden stattfand. Auch in der Schweiz und den italienischen Regionen um Verona und Mailand führten Revolutionen zu Republiken. Auch wenn die Bürger dieser „Schwesterrepubliken“ die Gleichzeitigkeit der politischen Transformation nicht unbedingt wahrnahmen, sorgte der Einfluss der französischen Politik und Truppen für eine indirekte Beziehung zwischen den neuen Staaten.¹⁵ Bereits in dieser frühen Phase war die Demokratiegeschichte der Niederlande

- 11 Stephan Klein, *Patriots republikanisme. Politieke cultuur in Nederland (1766–1787)*, Amsterdam 1995.
- 12 Joanna Innes/Mark Philp, *Re-Imagining Democracy in the Age of Revolutions. America, France, Britain, Ireland 1750–1850*, Oxford 2013.
- 13 Wyger R. E. Velema, 'Republic' and 'democracy' in Dutch Late Eighteenth-Century Revolutionary Discourse, in: Joris Oddens u. a. (Hg.), *The Political Culture of the Sister Republics 1794–1806. France, the Netherlands, Switzerland, and Italy*, Amsterdam 2015, S. 56.
- 14 Joris Oddens, *Pioniers in schaduwbeeld. Het eerste parlement van Nederland 1796–1798*, Nijmegen 2012.
- 15 Ders./Mart Rutjes, *The Political Culture of the Sister Republics*, in: Oddens u. a. (Hg.), *The Political Culture* (wie Fn. 13), S. 17–32.

also abhängig und unmittelbar in transnationale Entwicklungen eingebettet. Gleichzeitig blieben nationale Diskurse und Praktiken bestehen, aus denen eine besonders ausgeprägte Besorgnis um die Gefahren von schnellen und radikalen Demokratisierungsprozessen entstand. Die historische Tradition des Poldermodells wurde durch die internen und gewaltsamen Konflikte der Batavischen Republik unterbrochen. Aber gerade diese Erfahrung des Umbruchs sollte in den nachfolgenden Jahrhunderten die nationale Identität des Kompromisses stärken.

Bereits im frühen 19. Jahrhundert erschien niederländischen Kommentatoren die Batavische Revolution als unheimliche Ausnahmekategorie. Der Historiker Sas hat auf die Verbindung zwischen der revolutionären Gewalt und einer höheren Verhandlungsbereitschaft in den folgenden Jahrzehnten hingewiesen. Besonders der Gegensatz zwischen den Idealen der Aufklärung und deren brutaler Umsetzung während der Revolution galten als unerwünschte Entwicklung, die es zukünftig zu verhindern galt. Ein Beispiel hierfür ist Wilhelm Anthonie Ockerse (1760–1826), der in den frühen 1820er-Jahren sowohl die Ideale der Batavischen Periode betonte, in seiner Abneigung gegen den politischen Aufruhr aber ein frühes Vorbild der niederländischen Hinwendung zum Konsens war.¹⁶ Die Neigung zur politischen Stabilität wurde durch das Ende der Batavischen Republik zusätzlich verstärkt. In 1806 hatte Napoleon seinen Bruder Louis Bonaparte als König für das Königreich Holland installiert und damit die Batavische Republik beendet. In Kombination mit einem erstarrenden Vereinswesen, nationalen Publikationen und dem Befrieden früherer Gegensätze erzeugte die französische Fremdherrschaft ein Gefühl von niederländischer politischer Einheit. Bürgerliche Rechte blieben auf lokaler Ebene erhalten, aber bekamen zusätzlich eine nationale Bedeutung.¹⁷ Statt der radikalen demokratischen Praktiken aus der Batavischen Republik setzte sich die Idee von der selbstbestimmten niederländischen Nation durch. Als sich durch das Ende der französischen Vorherrschaft die Möglichkeit für einen eigenständigen Staat ergab, akzeptierte Wilhelm I. (1772–1843), der Sohn des vertriebenen Statthalters, den Thron des Vereinigten Königreiches der Niederlande. 1815 bestätigte der Wiener Kongress den neuen Staat, der ungefähr die heutigen

16 Niek van Sas, *Revolutionair geweld en bezinning omstreeks 1800*, in: Connie Kristel (Hg.), *Met alle geweld. Botsingen en tegenstellingen in burgerlijk Nederland*, Amsterdam 2003, S. 48–59.

17 Carolien Boender, 'Old Citizenry' in a New State: Civic Militias and Political Crises in Haarlem and Groningen in the First Half of the Nineteenth Century, in: *BMGN – Low Countries Historical Review* 133,3 (2018), S. 24–47.

Benelux-Staaten umfasste.¹⁸ Die neue konstitutionelle Monarchie erlaubte die Wiedereinführung der politischen Kultur vor der Batavischen Republik. Das Ideal der Harmonie spiegelte sich im Verhältnis zwischen König und Parlament und in einer Atmosphäre des Verständnisses und Respektes innerhalb des Parlaments wider.¹⁹

Bevor wir uns dem weiteren Schicksal des Königreiches der Niederlande zuwenden, muss noch ein weiteres Ereignis von entscheidender politischer Bedeutung ausgeführt werden. Die geographische Einheit des neuen niederländischen Staates konnte nach der Unabhängigkeit von Frankreich nicht lange aufrechterhalten werden. Aufgestachelt durch die Sprach- und Religionspolitik des Königshauses bildete sich eine revolutionäre Bewegung in den südlichen Provinzen der Niederlande, die zur Etablierung des heutigen belgischen Staates führen sollte. 1830 kam es zum Aufstand der durch Hunger ausgemergelten unteren Schichten in Brüssel.²⁰ Ein breites gesellschaftliches Bündnis von katholischen Priestern und aristokratischen Landbesitzern unterstützte die wütenden Arbeiter gegen die niederländischen Truppen in der Belgischen Revolution von 1830. Die Abtrennung von den Niederlanden bedeutete für die Demokratiegeschichte Belgiens vor allem eine Verbesserung in den informellen Beteiligungsprozessen wie Demonstrationen und Petitionen. Auch wenn das Wahlrecht eingeschränkt blieb, verwiesen Arbeiter auf ihre Verfassungsrechte, um die Legalität ihrer politischen Teilhabe zu beweisen.²¹

Für die Niederlande blieb die Belgische Revolution bis zur Besetzung durch die deutsche Armee 1940 die letzte Erfahrung eines gewalttätigen politischen Umbruchs. Die politische Stabilität des Landes wurde durch die auffallend langsame Umsetzung von demokratischen Ideen und Praktiken im restlichen 19. Jahrhundert unterstützt. Im Gegensatz zu vielen Nachbarstaaten konnten

- 18 Remieg Aerts, *Een Staat in Verbouwing. Van Republiek Naar Constitutioneel Koninkrijk 1780–1848*, in: Ders. u. a. (Hg.), *Land van kleine gebaren. Een politieke geschiedenis van Nederland 1780–2012*, Amsterdam 2013, S. 15–108.
- 19 Lauren B. Lauret, *Respecting the Order and Liberty of Deliberations: continuity of Meeting Practices in the Dutch States General (c. 1750–1830)*, in: *BMGN – Low Countries Historical Review* 133,3 (2018), S. 122–145.
- 20 Roland van Opbroecke, *België. De geboorte van een staat*, Hg. Piet De Moor, Roeselare 2005.
- 21 Gita Deneckere, *The Democratic Framing of Protest in the Age of Revolution. The Language of Civil Rights and the Organization of Petitions and Demonstrations in Belgium 1830–1848*, in: Henk te Velde/Maartje Janse (Hg.), *Organizing Democracy. Reflections on the Rise of Political Organizations in the Nineteenth Century*, Basingstoke 2017, S. 127–143.

die niederländischen Eliten den Ausbruch einer weiteren Revolution im Jahr 1848 mit einer umfassenden liberalen Verfassung verhindern. Die Erfahrung des Exils während der Batavischen Republik sorgte dafür, dass die königliche Familie die erneute Bedrohung einer Revolution ernst nahm und einem Reformprozess zustimmte. Der Historiker Zanten nennt auch die Erpressung Wilhelms II. (1792–1849) in seiner romantischen Beziehung zu dem zwielichtigen Unternehmer Petrus Janssen als weiteren Grund für Konzessionen gegenüber liberalen Kräften.²² Aber auch die öffentliche Diskussion zu den Wahlen für das Parlament in 1848 spiegelten die weithin geteilte Sorge vor der Radikalisierung der niederländischen Bürger wider. Selbst die bisher kritisch beäugten Wahlvereine wurden als Mittel zur Aufrechterhaltung des Kompromisses und einstimmiger Beschlüsse zugelassen.²³

Die Verfassung von 1848 bedeutete ein Zugeständnis an die liberalen Eliten, die für die politische Stabilität in den folgenden Jahrzehnten sorgten. Selbst der berühmte Architekt der neuen Verfassung, der liberale Professor und Staatsmann Johann Rudolph Thorbecke (1798–1872), zeigte wenig Begeisterung für das Konzept der Volkssouveränität. Die wichtigste Instanz für den neuen Staat sollte das Recht und nicht das Volk sein. Nur indirekt und außerhalb offizieller politischer Institutionen wurden neue politische Akteure in einer regen Zivilgesellschaft sichtbar.²⁴ Diese Entwicklung spiegelte sich auch in Thorbeckes Unterstützung der öffentlichen Meinung und der Bildung wider, die sowohl seine persönliche Biographie als auch seine politischen Vorstellungen beeinflusste.²⁵ Die Historikerin Maartje Janse beschreibt, wie Wilhelm I. gesellschaftliche Initiativen noch streng kontrolliert und sogar unterdrückt hatte. Der katholische Verein von Le Sage ten Broeke wurde zum Beispiel 1821 verboten. Mit der Thronbesteigung von Wilhelm II. 1840 ergab sich ein liberaleres Klima und neue Möglichkeiten. Sogar Reformvereine konnten offener für Gesetzesänderungen eintreten. Die Verfassung von 1848 war nicht demokratisch motiviert, aber das neue Grundgesetz schrieb dem Volk in sozialen Prozessen eine wichtigere Rolle zu. Auch hier zeigte sich der konfliktscheue Charakter niederländischer Politik. Die in dieser

22 Jeroen van Zanten, *Koning Willem II. 1792–1849*, Amsterdam 2013.

23 Adriejan van Veen, *Tussen vergadering en vereniging. Het publieke debat over en experimenten met kandidaatstelling en kiezersorganisatie bij de eerste directe Tweede Kamerverkiezingen in 1848*, in: *De Moderne Tijd* 1 (2017), S. 247–276.

24 Thomas Ertman, *Liberalization, Democratization and the Origins of a 'Pillarized' Civil Society in Nineteenth-Century Belgium and the Netherlands*, in: Nancy Gina Bermeo/Philip G. Nord (Hg.), *Civil Society Before Democracy. Lessons from Nineteenth-Century Europe*, Lanham 2000, S. 155–178.

25 Remieg Aerts, *Thorbecke wil het. Biografie van een staatsman*, Amsterdam 2018.

Periode entstehenden engen Beziehungen zwischen politischer Elite und Zivilgesellschaft sind unter anderem auf die relativ kleine Dimensionierung des Staates zurückzuführen. Es ergaben sich oft schnelle persönliche Kontakte zwischen den Kritikern und Repräsentanten der bestehenden Verhältnisse.²⁶

2. Die versäulte Gesellschaft?

Die Entstehung der Institutionen für die Massenmobilisierung

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die zweite entscheidende Periode in der niederländischen Demokratiegeschichte. Die Reform des Grundgesetzes im Jahr 1848 hatte eine aktive Zivilgesellschaft mit ausgeprägten politischen Meinungen hervorgebracht. Gleichzeitig begann sich die niederländische Gesellschaft immer mehr in Katholiken, Protestanten, Sozialisten und Liberale aufzuteilen. In der wissenschaftlichen Literatur ist der Prozess der Versäulung als ein typisches niederländisches Phänomen der sozialen Segmentierung beschrieben worden.²⁷ Als theoretisches Konzept ist die Versäulung aber seit den 1990er-Jahren unter Historikern und Soziologen zunehmend umstritten. Es gibt Vorschläge, das Konzept nur als Metapher oder Karikatur zu benutzen oder sogar komplett auf es zu verzichten.²⁸ Zum Beispiel wurde durch den internationalen Vergleich der universelle Charakter von sozialer Segregation hervorgehoben, der auch in anderen europäischen Staaten zu beobachten war.²⁹ Die katholische Säule und Parteibildung ist ein Phänomen, welches auch Historikern des deutschen Kaiserreichs bekannt sein dürfte.³⁰

Aus demokratiegeschichtlicher Perspektive ist die Versäulung vor allem relevant, weil sie in Abwesenheit großer Wahlrechtsreformen auf die politische Partizipation in anderen öffentlichen Organisationsformen hinweist. Die Anführer sozialer Bewegungen und Parteien versprachen, dass die Organisation ihrer sozialen Gruppe zu deren besserer Repräsentation innerhalb der Politik führen

26 Maartje Janse, *Op de grens tussen staat en civil society. Samenwerking tussen hervormers en politici 1840–1880*, in: *Negentiende Eeuw* 35,4 (2011), S. 169–187.

27 Knippenberg/van der Wusten, *De zuilen, hun locale manifestaties* (wie Fn. 2), S. 137.

28 Blom, *Vernietigende Kracht* (wie Fn. 8); van Dam, *Een wankel vertoog* (wie Fn. 3).

29 Staf Hellemans, *Zuilen en verzuiling in Europa*, in: Uwe Becker (Hg.), *Maatschappij & Nederlandse politiek: historisch en vergelijkend*, Amsterdam 1998, S. 257–383.

30 Pieter de Connick, *De natie in pacht. Katholieke minderheid, liberale onderwijspolitiek en natievorming in Duitsland en Nederland tijdens de jaren 1870*, in: Henk te Velde/Hans Verhage (Hg.), *De eenheid & de delen. Zuilvorming, onderwijs en natievorming in Nederland 1850–1900*, Amsterdam 1996, S. 57–83.

würde. Die Kehrseite dieses Versprechens war die Etablierung von neuen Kontrollmechanismen innerhalb der Säulen.³¹ Das vielleicht treffendste Beispiel für die vielfältige Bedeutung der Versäulung für die Demokratiegeschichte ist die Gründung der *Anti-Revolutionaire Partij* (Anti-Revolutionären Partei) im Jahre 1879. Durch die Verbindung der parlamentarischen Fraktion mit der außerparlamentarischen Massenmobilisierung wurde die *Anti-Revolutionaire Partij* die erste „moderne“ Partei in den Niederlanden.³² Dabei spielte vor allem die Wortformel von den „kleinen Leuten“ („kleine luyden“) des Parteigründers und reformierten Pastors Abraham Kuypers (1837–1920) eine wichtige Rolle.³³ Die sich politisch als „anti-revolutionär“ identifizierenden reformierten Protestanten ermöglichten dadurch ungewollt die Umsetzung demokratischer Prinzipien und Institutionen in der niederländischen Geschichte.

Dass ausgerechnet reformierte Protestanten zu wichtigen Akteuren der Demokratiegeschichte wurden, lässt sich unter anderem mit der umfassenden Tradition des religiös motivierten Massenprotestes in den Niederlanden begründen. 1853 wurde die protestantische Aprilbewegung gegen die Etablierung eines katholischen Bischofssitzes in Utrecht gegründet. Schnell manifestierten sich die starken anti-katholischen Gefühle mit Kundgebungen auf den Straßen und in protestantischen Zeitungen.³⁴ Mithilfe von kirchlichen Netzwerken konnte die für diese Periode beeindruckende Anzahl von 200 000 Unterschriften in einer Massenpetition an König Wilhelm III (1817–1890) übergeben werden.³⁵ Eine ähnliche Bewegung entstand einige Jahre später gegen die im Parlament diskutierte Reform des Schulsystems im Jahr 1856. Die politische Mehrheit der liberalen Abgeordneten hatte ein Reformpaket durchgesetzt, zu dem auch die Säkularisierung des Bildungssystems gehörte. Der darauffolgende „Schulstreit“ wurde

31 Arie L. Molendijk, Verzuiling, in: George Harinck u. a. (Hg.), *Het gereformeerde geheugen. Protestantse herinneringsculturen in Nederland 1850–2000*, Amsterdam 2009, S. 375–385.

32 George Harinck/Arie van Deursen, Woord vooraf, in: Roel Kuiper u. a. (Hg.), *De Anti-revolutionaire Partij 1829–1980*, Hilversum 2001, S. 10.

33 Roel Kuiper, De Weg van het volk. Mobilisering en activiering van de Antirevolutionaire beweging 1878–1888, in: te Velde/Verhage (Hg.), *De eenheid & de delen* (wie Fn. 30), S. 99–119; Arko van Helden, De ‘kleine luyden’ van Abraham Kuypers – een vorm van populistische retoriek?, in: *Negentiende Eeuw* 35,3 (2011), S. 139–153.

34 Pieter de Rooy, ‘Een reuk des doods ten dood’: De fakkel van het antipapisme in Nederland, in: Conny Kristel u. a. (Hg.), *Met alle geweld: botsingen en tegenstellingen in burgerlijk Nederland*, Amsterdam 2003, S. 60–77.

35 Annemarie Houkes, Christelijke vaderlanders. Godsdienst, burgerschap en de Nederlandse natie (1850–1900), Amsterdam 2009, S. 6; Maartje Janse, ‘What value can we attach to these petitions?’ Petition Campaigns and the Problem of Legitimacy in the Nineteenth-Century Netherlands, in: *Social Science History* 43,3 (2019), S. 1–22.

einer der am härtesten ausgetragenen politischen Konflikte des 19. Jahrhunderts. Auf der einen Seite standen die religiösen und vor allem reformiert protestantischen Politiker, die sich als Vertreter des einfachen Volkes einer christlichen Nation sahen. Ihre Gegner waren die Abgeordneten der liberalen Elite im Parlament, die den christlichen Unterricht unabhängig von den Konfessionen verallgemeinern wollten. Letztendlich konnte sich auch mit dem Schulprotest der 1850er-Jahre die religiösen Interessen nicht durchsetzen. Das neue Schulgesetz bestätigte zwar den christlichen Charakter von staatlich finanzierten Schulen. Die unterschiedlichen konfessionellen Prägungen des Christentums fanden aber keinen Eingang in den Unterricht.

Es dauerte einige Jahrzehnte, bis Abraham Kuyper die aristokratischen Anführer der reformierten Protestanten von der Notwendigkeit der Gründung einer modernen Partei überzeugen konnte.³⁶ Der Ursprung der anti-revolutionären Bewegung lag in der publizistischen Tätigkeit des Abgeordneten Guillaume Groen van Prinsterer (1801–1876), der in seiner Zeitung *Nederlandsche Gedachten* (Niederländische Gedanken) den Begriff in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geprägt hatte.³⁷ Die konservative Fraktion im Parlament wagte als erste den Schritt zur modernen Parteiorganisation mit dem *Algemeene Kiesvereniging* (Allgemeiner Wahlverein) im Jahr 1868. Allerdings verschwand diese kurzlebige Parteistruktur schnell und erfolglos wieder in den Tiefen der politischen Geschichte.³⁸ Währenddessen bekamen die Anti-Revolutionären durch das erneute Aufflackern der Schulfrage einen weiteren Impuls, über eine nationale Organisation nachzudenken. Der Rotterdamer Versicherungs- und Wertpapiermakler Jacob Voorhoeve (1811–1881) gründete 1871 zusammen mit 80 Unterstützern, zu denen auch Kuyper gehörte, den *Anti-schoolwet Verbond* (Anti-Schulgesetzbund).³⁹ Das Ziel der neuen Organisation war die Anpassung der Bildungsparagraphen in der Verfassung „damit die freie Bildung zur Regel und die staatliche Bildung Ergänzung werden kann“.⁴⁰

36 Roel Kuiper, *Herenmutterij. Vernieuwing en sociaal conflict in de antirevolutionaire beweging 1871–1894*, Leiden 1994.

37 Ders., *Antirevolutionair*, in: George Harinck u. a. (Hg.), *Het gereformeerde geheugen. Protestantse herinneringsculturen in Nederland 1850–2000*, Amsterdam 2009, S. 140–151.

38 Ron de Jong, *De Algemeene Kiesvereniging 1868–1875. De eerste politieke partij van Nederland*, in: *Jaarboek Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen* 1999, Hg. Gerrit Voerman/Anthonie Lucardie, Groningen 2000, S. 240–250.

39 H. Algra, *De weg naar het volk enige opmerkingen over het Anti-schoolwetverbond*, van 1872, in: J. Schouten (Hg.), *Anti-Revolutionaire Staatskunde*, Kampen 1953.

40 Statuten van het Anti-Schoolwet-Verbond, in: *De Standaard*, 2. August 1872, Delpher (digitale Bibliotheek), <http://resolver.kb.nl/resolve?urn=ddd:011065322:mpeg21:a0005>.

Der *Anti-schoolwet Verbond* ist vor allem als Vorgängerorganisation der *Anti-Revolutionaire Partij* in die niederländische Geschichte eingegangen. Detaillierte Studien aus den letzten Jahrzehnten haben der Organisation allerdings eine neue und nuancierte Deutung innerhalb der Demokratiegeschichte gegeben. Zum einem bedeutete die Gründung des *Anti-schoolwet Verbond* die Zurückstellung der ambitionierten Organisationspläne von Abraham Kuypers. Kuypers hatte mehrmals versucht, seine Mitstreiter von der Gründung eines „Wahlvereins“ mit jährlichen finanziellen Mitgliederbeiträgen als „einzigen Weg“ zu überzeugen.⁴¹ Mit der Gründung des *Anti-schoolwet Verbond* beschränkten die Anti-Revolutionären ihre politische Energie auf eine erneute Massenpetition für das spezielle Thema des Schulstreits. Kuypers Pläne zur Errichtung einer modernen Partei mit einem breit aufgestellten politischen Programm wurden so vertagt.⁴² Zum anderen gehörte der Anti-Schulgesetzbund zu den zahlreichen nationalen Organisationen des 19. Jahrhunderts, die im Zwischenraum von sozialem und politischem Engagement agierten. Als Interessenvertretung der reformierten Protestanten war der *Anti-schoolwet Verbond* rigoros in seiner Methode der Massenmobilisierung und konnte gleichzeitig dem Standesdenken seiner Zeit nicht entkommen. Die Organisation schlug die geringe jährliche Summe von 50 Cent als Beitrag für seine Mitglieder vor. Sogar Frauen war die Mitgliedschaft erlaubt, um die Tragkraft der Petition zu erweitern.⁴³ Einfluss auf die politischen Entscheidungen des *Anti-schoolwet Verbond* hatten die einfachen Mitglieder aber nicht.

Der *Anti-schoolwet Verbond* eignet sich auch als hervorragendes Beispiel für die Relevanz von transnationalen Vorgängen in der Demokratiegeschichte. Die Entwicklung von niederländischen Massenorganisationen entstand nicht im nationalen Alleingang, sondern war durch ausländische Vorbilder geprägt. Entscheidend für den *Anti-schoolwet Verbond* war der europaweit bekannte Fall der englischen *Anti-Corn Law League*, die bereits die Gründung des niederländischen *Anti-dagbladzegel Verbond* (Anti-Zeitungssteuerbundes) im Jahr 1869 inspiriert hatte.⁴⁴ Den Ruf als erfolgreiches politisches Druckmittel hatte die englische Liga bereits im frühen 19. Jahrhundert errungen. Ihre liberalen Anführer hatten die konservative Regierung mit Hilfe einer Massenpetition zur Aufhebung des Getreidezolls

41 Gerrit Marinus den Hartogh, *Groen van Prinsterer en de verkiezingen van 1871*, Thesis, Vrije Universiteit Amsterdam, 1933, S. 243.

42 Rienk Janssens, *De opbouw van de Antirevolutionaire Partij 1850–1888*, Hilversum 2001.

43 Statuten van het Anti-Schoolwet-Verbond (wie Fn. 40), S. 2.

44 Maartje Janse, *De Afschaffers. Publieke Opinie, Organisatie en Politiek in Nederland 1840–1880*, Amsterdam 2007.

gezwungen.⁴⁵ Diese englische Erfolgsgeschichte konnte sogar ideologische Gegensätze überwinden. Während die Gründer der *Anti-Corn Law League* dem liberalen Lager in England angehörten, waren die Anführer des *Anti-schoolwet Verbond* die politischen Gegenspieler des niederländischen Liberalismus.

Als der *Anti-schoolwet Verbond* seine politischen Ziele nicht erreichen konnte, entschieden sich einige seiner Mitglieder für ein soziales und philanthropisches Engagement. Ein anderer Teil der Organisation unter der Leitung von Abraham Kuyper konnte endlich von der Gründung der *Anti-Revolutionaire Partij* als erste moderne politische Partei in den Niederlanden überzeugt werden. In gewisser Weise bedeutet dies das Ende des Zeitalters der thematisch spezialisierten Massenorganisationen.⁴⁶ Die moderne Partei bot sich als direktere und schlagkräftigere Organisation reformierter Interessen im Parlament an. Auch wenn das Wahlrecht lange auf einen kleinen Teil der Bevölkerung beschränkt blieb, konnten anti-revolutionäre Politiker durch die Unterstützung der Massen eine neue Form der politischen Legitimation etablieren. Die Niederlande waren hierbei ein besonders auffälliges Beispiel im internationalen Vergleich. Im Gegensatz zum europäischen Ausland, wo moderne Parteien aus sozialistischen oder radikalen Kreisen entstanden, war der Pfarrer Kuyper mitnichten ein Verfechter progressiver Reformen. Aber Kuyper erkannte schnell den Vorteil der permanenten Massenorganisation, dessen politische Schlagkraft er im Ausland beobachten konnte. Bereits 1872 beschrieb er lobend die Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokraten August Bebel und Wilhelm Liebknecht in seiner Tageszeitung *De Standaard*. Kuyper erachtete die ideologische Ausrichtung der Sozialdemokratie für grundlegend gefährlich und die juristische Verfolgung ihre Anführer für unbedingt notwendig. Seinen Respekt für die „große Organisationsfähigkeit“ von sozialdemokratischen Politikern in Deutschland konnte er aber nicht verhehlen.⁴⁷ Für den niederländischen Pfarrer was das bedeutende Element der deutschen Sozialdemokratie nicht ihre ideologische Ausrichtung, sondern ihre effektive Massenpartei.⁴⁸

Diese transnationale Komponente der niederländischen Parteigründung wirft die Frage auf, inwieweit Kuypers Partei der sozialdemokratischen Partei in

45 Norman McCord, *The Anti Corn Law League*, London 1958; Annemarie Houkes/Maartje Janse, *Foreign Examples as Eye Openers and Justification. The Transfer of the Anti-Corn Law League and the Anti-Prostitution Movement to the Netherlands*, in: *European Review of History* 12,2 (2005), S. 321–344.

46 Maartje Janse/Henk te Velde, *Introduction: Perspectives on Political Organizing*, in: Dies. (Hg.), *Organizing Democracy* (wie Fn. 21), S. 1–18.

47 Bebel und Liebknecht, in: *De Standaard*, 4. April 1872, 2, Delpher (digitale Bibliothek).

48 Anne Heyer, *The Making of the Democratic Party in Europe 1860–1890*, Cham 2022.

Deutschland ähnelte. Auf dem Gründungsparteitag der *Anti-Revolutionaire Partij* (1879) ist die kleine Anzahl von Delegierten auffällig. Im Gegensatz zu den breit aufgestellten sozialistischen Parteien beschränkte Kuyper den Zugang zu seiner Partei, um die Kontrolle über die Organisation zu erhalten.⁴⁹ Gleichzeitig entwickelte er eine Rhetorik, die seine Führungsposition als Repräsentant reformierter Protestanten ohne Wahlrecht legitimierte. Kuyper benutzte diese Rhetorik, um eine emotionale Verbindung zu seinen Anhängern herzustellen. Während er 1884 noch die aggressive Massenmobilisierung anderer Politiker kritisierte, etablierte er selbst schnell einen populistischen Stil.⁵⁰ Diese rhetorischen Vorstöße in Richtung Massenpolitik waren wichtig in dieser demokratischen Übergangsperiode. Das Programm der *Anti-Revolutionaire Partij* forderte zwar nicht das allgemeine Männerwahlrecht und schon gar nicht die Etablierung des Frauenwahlrechts. Den Anti-Revolutionären schwebte ein Wahlrecht für den Haushaltsvorstand vor. Trotzdem zeigte sich die wichtiger werdende Rolle des Demokratiebegriffs.⁵¹ Nachdem seine Partei Teil des politischen Lebens geworden war, nutzte Kuyper den Begriff der Demokratie, um seine Position innerhalb der anti-revolutionären Bewegung zu verfestigen. In Abgrenzung zu den „Aristokraten“ in seiner Partei etablierte er sich und seine Unterstützer als „Demokraten“.⁵²

Die dominante Position der *Anti-Revolutionaire Partij* als Vertreterin des einfachen Volkes war auch durch die auffallend späte sozialdemokratische Parteigründung möglich geworden. Im Gegensatz zu Deutschland waren sozialdemokratische Vereinigungen in den 1870er- und 1880er-Jahren vor allem in lokalen Räumen in den Niederlanden tätig. Bekannte Figur der frühen sozialdemokratischen Bewegung war der Pfarrer Ferdinand Domela Nieuwenhuis (1846–1919), dessen politisches Schaffen durch seinen romantisierenden Blick auf das Elend der Massen geprägt war.⁵³ Nieuwenhuis war Herausgeber der Zeitung *Recht voor Allen* (Recht für Alle), dessen progressiven Ton er schnell durch

49 Dies., Die ersten Volksparteien? Ein vergleichender Blick auf das Demokratieverständnis früher Parteiorganisationen im Deutschen Kaiserreich, in Großbritannien und in den Niederlanden (1860–1880), in: Archiv für Sozialgeschichte 58 (2018), S. 107–124.

50 Anne Pettersson, *Eigenwijs vaderland. Populair nationalisme in negentiende-eeuws Amsterdam*, Amsterdam 2017.

51 Henk te Velde, De domesticatie van democratie in Nederland. Democratie als strijdbe-grip van de negentiende eeuw tot 1945, in: BMGN – Low Countries Historical Review 127,2 (2012), S. 3–27.

52 Janssens, De opbouw (wie Fn. 42), S. 156–158.

53 Jan Willem Stutje, Ferdinand Domela Nieuwenhuis (1846–1919). Revolte en melancholie. Romantiek in Domela's kritiek op de moderniteit, in: TSEG – The Low Countries Journal of Social and Economic History 5,2 (2008), S. 3–27.

radikale und sozialistische Inhalte ersetzte. Die internationale Aufmerksamkeit für die Zeitung war so groß, dass sie ein merkwürdiges und erwähnenswertes Finanzierungsangebot aus Deutschland erreichte. In den frühen Jahren der Zeitung schlug ein Herr Wiener aus Deutschland die Erweiterung in ein unabhängiges niederländisch-deutsches Blatt vor. Einzige Bedingung des großzügigen Angebotes war, jegliche Kritik am deutschen Kaiser und seiner Regierung zu unterlassen. Es war wenig überraschend, dass Nieuwenhuis das Angebot, welches angeblich direkt von Bismarck gemacht worden war, ablehnte.⁵⁴ Der wenig später gegründete *Sociaal-Democratische Bond* (Sozialdemokratischer Bund) war noch weit von den festen Organisationsformen späterer Parteien entfernt. Im Gründungsjahr 1881 gab es nicht mal einen offiziellen Kongress. Obwohl es eine lange niederländische Tradition von Massenorganisationen nach dem Vorbild der englischen *Anti-Corn Law League* gab, war eine individuelle Mitgliedschaft in der neuen Partei, die vor allem durch lokale Organisationen aus Den Haag, Haarlem, Vlissingen und natürlich Amsterdam getragen wurde, nicht vorgesehen. 1893 kam es zum internen Streit, der zur Spaltung in revolutionären und parlamentarisch gesinnten Sozialdemokraten führte.⁵⁵

Die Spaltung innerhalb des *Sociaal-Democratische Bond* zeigen die Schwierigkeiten der frühen Parteien, ihre politische Strategie zwischen Massenorganisation und parlamentarischer Arbeit zu positionieren. Die politische Partizipation des Volkes in nationalen politischen Institutionen wurde lange durch die Angst vor der Teilung der Gesellschaft verhindert. Die vorherrschende Idee in den 1850er- und 1860er-Jahren war, dass die Unabhängigkeit der Abgeordneten dem Gemeinwohl diene. Diese Sicht kam mit der Formalisierung von nationalen Parteistrukturen in den 1870er- und 1880er-Jahren unter Druck.⁵⁶ Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern gab es keine Ausweitung der formalen politischen Rechten in den Niederlanden. Die Wahlrechtsreform des sogenannten Kautschukartikels von 1887 führte nur zu einer geringen Erhöhung der Wahlberechtigten von 12 auf 24 % der männlichen Einwohner.⁵⁷ Die Mobilisierung für die Petition, die Agitation von lokalen und nationalen Vereinen und die

54 Jan Meyers, *Domela, een hemel op aarde. Leven en streven van Ferdinand Domela Nieuwenhuis*, Amsterdam 1993.

55 Adriaan van Veldhuizen, *De partij. Over het politieke leven in de vroege S.D.A.P.*, Amsterdam 2015.

56 Ron de Jong, *Van standspolitiek naar partijloyaliteit. Verkiezingen voor de Tweede Kamer 1848–1887*, Hilversum 1999; Ido de Haan, *Het beginsel van leven en wasdom. De constitutie van de Nederlandse politiek in de negentiende eeuw*, Amsterdam 2003.

57 Jasper Loots, *Voor het volk, van het volk. Van districtenstelsel naar evenredige vertegenwoordiging*, Wereldbibliotheek 2004, S. 64.

Gründung von modernen politischen Parteien machte die politische Beteiligung von Bürgern im zivilgesellschaftlichen Raum möglich.⁵⁸ Die Konflikte um die Legitimität diese formellen und informellen Formen der Partizipation weisen auf die umstrittene Position von demokratischen Ideen und Praktiken in dieser frühen Phase der Demokratiegeschichte hin. In diesem Sinn war die Demokratisierung der niederländischen Institutionen weniger harmonisch, als eine oberflächliche Betrachtung suggerieren könnte.

3. Demokratischer Konsens:

Vom Allgemeinen Wahlrecht zur Partizipationsdemokratie

Die Vorstellung der Niederlande als Musterland des gesellschaftlichen und politischen Konsenses ist mit den Publikationen des Politikwissenschaftlers Arend Lijphart international bekannt geworden. Lijphart betonte vor allem die politische Stabilität zwischen 1917 und 1967.⁵⁹ Mit dem allgemeinen Männer- und Frauenwahlrecht von 1917 und 1919 wurde eine der wichtigsten demokratischen Institutionen ohne Revolution in den Niederlanden eingeführt. Zunehmend wurde die Demokratie als Norm anerkannt und sowohl durch politische Eliten als auch durch die breite niederländische Gesellschaft akzeptiert. Dies bedeutete aber nicht, dass die Niederlande einen konfliktfreien Übergang zu demokratischen Institutionen erfuhren. Die oft als harmonisch bezeichnete politische Kultur wurde von mehr oder weniger offen ausgetragenen sozialen und politischen Auseinandersetzungen begleitet. Zwar führte dies nicht immer zu aggressiven und gewalttätigen Ausbrüchen wie in anderen europäischen Ländern. Aber es gibt inzwischen genügend geschichtswissenschaftliche Ansätze, die die niederländische Konsenskultur im Kontext internationaler Politik analysieren und einordnen. Sowohl die geschichtswissenschaftliche als auch die sozialwissenschaftliche Literatur zeigen, dass die Versäulung und der mit ihr verbundene elitäre Konsens Ausnahmen kannten und Brüche verzeichneten.⁶⁰ Weiterhin ist der

58 Ido de Haan/Henk te Velde, *Vormen van politiek. Veranderingen van de openbaarheid in Nederland 1848–1900*, in: *BMGN – Low Countries Historical Review* 111,2 (1996), S. 167–200.

59 Arend Lijphart, *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, 8. Aufl. Haarlem 2008.

60 Philip Jr. van Praag, *Hoe uniek is de Nederlandse consensusdemocratie*, in: Becker (Hg.), *Maatschappij & Nederlandse politiek* (wie Fn. 29), S. 285–310; Hellemans, *Zuilen en verzuiling in Europa* (wie Fn. 29); Peter Van Dam, *Staat van verzuiling. Over een Nederlandse mythe*, Amsterdam 2011.

internationale Kontext für diese Periode nicht nur als analytischer Rahmen des Vergleichs relevant. Ausländische Ereignisse beeinflussten auch in den Nachkriegsjahren die politischen Entwicklungen. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Bedeutung demokratischer Prozesse zum Brennpunkt gesellschaftlicher Debatten. Diese Diskurse flammten in unterschiedlicher Ausgestaltung mit großer Intensität in den Zwischenkriegsjahren, nach Ende des Zweiten Weltkrieges und in den „wilden“ 1960er-Jahren immer wieder auf. Hierbei konnten niederländische Akteure von internationalen Vorbildern lernen. Der internationale Kontext ermöglichte aber auch durch sein negatives Vorbild die Legitimation von politischer Unterdrückung an.

Den Ersten Weltkrieg erfuhren die Niederlande als weniger einschneidend als viele andere europäische Staaten. Während des Krieges war es der niederländischen Gesellschaft gelungen, eine neutrale Position beizubehalten. Der kleine Staat zwischen den Kriegsmächten Deutschland und Großbritannien konnte seine unabhängige Position aufgrund von guten Kontakten und geschickter Handelspolitik weitgehend bewahren.⁶¹ Nach Kriegsende entstand im Austausch mit den deutschen Nachbarn eine vielfältige kulturelle Szene, die ausgeprägter war als bisher angenommen.⁶² Auf politischer Ebene folgten die Niederlande der europäischen Entwicklung und erweiterten die politische Teilhabe. Für Jahrzehnte hatten die konfessionellen Parteien die Ausbreitung des allgemeinen Wahlrechts durch das Konzept des Haushaltswahlrechtes verhindert.⁶³ Dem neuen Wahlrecht war eine längere politische Kampagne der Sozialdemokraten voraus gegangen. Bereits im Herbst 1910 begann die *Sociaal-Democratische Arbeiderspartij* (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) mit den Vorbereitungen für das historisch erprobte Instrument einer Massenpetition. Im Dezember 1911 konnte das Ergebnis von 316 600 Unterschriften verkündet werden.⁶⁴ Ein Drittel der Unterschreibenden waren Frauen. Innerhalb der politischen Eliten wurde die Anpassung des Wahlrechtes aufgrund des gesellschaftlichen Fortschritts als notwendig, aber nicht unbedingt erstrebenswert angesehen. Die

- 61 Thomas W. Gijswijt, Neutraliteit en afhankelijkheid. De Nederlands-Duitse politieke betrekkingen tijdens de Eerste Wereldoorlog, in: Frederik Willem Boterman/Marianne Vogel (Hg.), Tussen utopie en crisis. Nederland in het interbellum 1918–1940, Amsterdam 2021, S. 21–36.
- 62 Frits Boterman, Inleiding, in: Ders./Vogel (Hg.), Tussen utopie en crisis (wie Fn. 61), S. 7–19.
- 63 Marianne Braun, De strijd om de vrouwenstem. Het kiesrecht in het partijpolitieke scenario van 1917 tot 1919, in: *Historica* 42,2 (2019), S. 31–37.
- 64 Tom van der Meer, De SDAP en de kiesrechtstrijd. De ontwikkeling van de Nederlandse sociaal-democratie 1894–1913, Amsterdam 1981, S. 148.

letztendliche Entscheidung der Regierung von Ministerpräsident Pieter Cort van der Linden (1846–1935) entstand nicht aus dem Enthusiasmus für weitere Demokratisierung, sondern war die Folge pragmatischer Abwägungen, dass man die Entwicklung nicht verhindern konnte.⁶⁵ Dieses Misstrauen gegen die politische Beteiligung des Volkes spiegelte sich auch in der Ausgestaltung des neuen Wahlrechtes wider. Mit der Verfassungsreform von 1917 gaben die Niederlande zwar das System der Wahlkreise auf und verpflichteten sich zu einem großzügigen Verhältniswahlrecht. Es wurde aber eine doppelt formalisierte Wahlpflicht eingeführt. Laut Verfassung musste jeder Wähler seinen Stimmzettel in Empfang nehmen und wählen. Zusätzlich erforderte das Wahlrecht die Anwesenheit des Wählers im Wahllokal. Das Resultat war eine hohe Wahlbeteiligung.⁶⁶

Für den Kampf um das Frauenwahlrecht bedeutete die Einführung des Männerwahlrechtes einen entscheidenden Schritt vorwärts. Bereits 1883 hatte die Ärztin Aletta Jacobs (1854–1929) versucht, sich für die Wahlliste in Amsterdam einzuschreiben. Zu diesem Zeitpunkt war das Geschlecht des Wählers nicht explizit in der niederländischen Verfassung festgelegt. Jacobs forderte das Wahlrecht aufgrund des von ihr bezahlten Steuersatzes ein. Als Reaktion auf das darauffolgende Gerichtsverfahren wurde das Wahlrecht von 1887 geschlechtsspezifisch mit dem Adjektiv „männlich“ definiert.⁶⁷ Zusätzlich hatten ähnliche Prozesse in Großbritannien und den USA die Sorgen über weitere feministische Aktionen angeheizt.⁶⁸ Ein weiterer Grund für die Verzögerung war, dass die Sozialdemokraten in ihrem Kampf für das Männerwahlrecht das „bourgeoise“ Problem des Frauenwahlrechtes aus Angst vor überproportional christlich-konservativen Wählerinnen lange eher ignoriert hatten.⁶⁹ Mit einer weiteren Anpassung der Verfassung konnten Frauen 1922 endlich ohne Beschränkungen an der Wahl teilnehmen.⁷⁰

Es gibt für die Zwischenkriegszeit in den Niederlanden zwei unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten. Die politischen Ereignisse aus dem Jahr 1917 sind oft als Pazifizierung („Pacifiatie“) beschrieben wurden.⁷¹ Neben der Einführung

65 te Velde, *The Emergence of the Netherlands* (wie Fn. 4).

66 Jong u. a., *Verkiezingen op de kaart* (wie Fn. 5).

67 Sophie van Bijsterveld/Hillie van de Streek (Hg.), *Wat komen jullie hier doen? Vrouwenkiesrecht tussen geloof, politiek en samenleving (1883–2018)*, Nijmegen 2018.

68 Ulla Jansz, *Vrouwenkiesrecht als omstreden kwestie onder Nederlandse feministen 1870–1900*, in: *De moderne tijd* 1,3–4 (2017), S. 277–299.

69 Braun, *De strijd om de vrouwenstem* (wie Fn. 63), S. 31.

70 Ebd., S. 36.

71 Herman de Liagre Böhl, *Consensus en Polarisatie*, in: Remieg Aerts u. a. (Hg.), *Land van kleine gebaren. Een politieke geschiedenis van Nederland 1780–1990*, 2. Aufl. Nijmegen 2001, S. 283–349.

des allgemeinen Wahlrechtes wurde auch der Schulstreit mit der finanziellen Gleichstellung von privaten und öffentlichen Schulen beendet. Zusätzlich sorgte die Etablierung des proportionalen Wahlrechtes für eine Befriedung politischer Konflikte, die vor allem von den alten konfessionellen Kräften angeheizt wurden.⁷² Dem standen die Auseinandersetzungen über die genaue Formgebung der Demokratie gegenüber.⁷³ Zwar konnte eine Radikalisierung wie in der Weimarer Republik in Deutschland verhindert werden, aber der Konflikt um die genaue Definition demokratischer Praktiken wurde mit aller Härte des politischen Handelns geführt.

In beiden Interpretationen der Zwischenkriegsjahre spielt auch das Konzept der Versäulung eine entscheidende Rolle. Auf der einen Seite bedeutete die Pazifizierung von 1917 die Überführung der Säulenstruktur in das Konsensmodell des 20. Jahrhunderts. Auf der anderen Seite verweisen neuere Studien auf die vielen Mini-Säulen, die kommunistische, linkssozialistische oder faschistische Organisationen beinhalteten.⁷⁴ Die Radikalisierung war eines der größten Themen der Zwischenkriegszeiten und zeigte, wie Konflikte die niederländische Demokratie nach 1917 dominierten. Die Angst vor der sozialistischen Revolution, die im gesamten europäischen Kontext als gefährliche Bedrohung wahrgenommen wurde, beherrschte den gesellschaftlichen Diskurs in den Niederlanden. Zusätzlich war die Nähe zu Deutschland 1918 ein weiterer Grund für die ernstzunehmenden Szenarien des Überschwappens einer revolutionären Welle. Vor allem die Konservativen versuchten mit anti-sozialistischen Slogans ihre Unterstützer zu mobilisieren. Die Gründung des *Centrale Inlichtingendienst* (Zentraler Geheimdienst) durch die Regierung unter Charles Ruijs de Beerenbrouck (1873–1936) zeigt, wie das Fortbestehen des demokratischen Systems zum umstrittenen politischen Begriff wurde. Die Regierung war überzeugt, dass die Demokratie mit weitgehenden Mitteln gegen den undemokratischen Akt der Revolution geschützt werden musste.⁷⁵

Die deutschen Verhältnisse blieben auch nach Errichtung der Weimarer Republik ein Katalysator für die politischen Konflikte in den Niederlanden. 1933 wurde die *Nationaal-Socialistische Beweging* (National-Sozialistische Bewegung)

72 Frank H. Aarebrot, *The Netherlands: Early Compromise and Democratic Stability*, in: Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell, *The Conditions of Democracy in Europe 1919–39. Systematic Case Studies*, Basingstoke 2000, S. 321–334.

73 Joris Gijsenbergh, *Democratie en gezag. Extremismebestrijding in Nederland 1917–1940*, Nijmegen 2017, <https://repository.ubn.ru.nl/handle/2066/166010>.

74 Kristian Mennen, *Selbstinszenierung im öffentlichen Raum. Katholische und sozialdemokratische Repertoire Diskussionen um 1930*, Münster 2013.

75 Gijsenbergh, *Democratie* (wie Fn. 73).

durch Anton Mussert (1894–1946) gegründet. Mussert fühlte sich durch Hitlers Kampagne der „legalen“ Revolution inspiriert und konzentrierte sich auf die Teilnahme an Wahlen. 1935 schien diese Strategie zu funktionieren, der NSB gewann 7,9 % der Stimmen und wurde fünftstärkste Partei im Parlament.⁷⁶ Dieser Erfolg mag in der deutschen Perspektive unbedeutend erscheinen. Aber der dramatische Eindruck, den die etablierten Parteien von den niederländischen Faschisten hatten, war nicht unbegründet. Noch nie zuvor hatte eine neue politische Partei so viele Stimmen mit einer Erstteilnahme an den Wahlen erlangt. Zusätzlich konnte der NSB im gleichen Jahr 50 000 Mitglieder vorweisen.⁷⁷ Die starke Position machte die NSB-Anführer übermütig und führte intern zu ambitionierten Plänen für eine schnelle Machtübernahme, die aber von der niederländischen Bevölkerung zunehmend abgelehnt wurde. Auf der Insel Texel wurden sogar Schafställe mit NSB Plakaten angezündet. 1937 zeigte sich diese ablehnende Stimmung auch im enttäuschenden Wahlergebnis für den NSB, dessen Stimmenanteil sich um die Hälfte verkleinerte.⁷⁸ Die Folge dieses gesellschaftlichen Klimas war, dass der NSB sich in der Öffentlichkeit nur vorsichtig zu seinen Kontakten zur deutschen NSDAP äußerte. Mussert zog es demnach vor, die Teilnahme am Massenparteitag in Nürnberg seinem Stellvertreter Rost van Tonningen (1894–1945) zu überlassen. Die naive Hoffnung innerhalb des NSB war, dass niederländische Nationalsozialisten durch die eigene Machtübernahme den Angriff Deutschlands verhindern könnten.⁷⁹

Der Einmarsch der deutschen Armee im Jahr 1940 zerstörte jegliche Hoffnungen auf einen unabhängigen Staat. Das Verhalten der niederländischen Bürger während der deutschen Besetzung ist bis heute ein wichtiges Thema geblieben. Die Aufteilung der Bevölkerung in „goed“ und „fout“ („gut“ und „falsch“ oder auch „böse“) löste langanhaltende Kontroversen aus, in denen die persönliche Bereicherung durch die Shoah von prominenten Niederländern wie dem Kunstsammler Pieter Menten (1899–1987) wiederholt an die Öffentlichkeit kamen. Inzwischen ist diese binäre historische Erzählung durch einige neue Studien überholt.⁸⁰ Vor

76 Robin te Slaa/Edwin Klijn, *De NSB*, Amsterdam 2009, S. 23.

77 Herman van der Wusten und Ronald E. Smit, *Dynamics of the Dutch Nationalist Socialist Movement (the NSB 1931–1935)*, in: Stein Ugelvik Larsen u. a. (Hg.), *Who Were the Fascists? Social Roots of European Fascism*, Bergen 1980, S. 528.

78 Jan Meyers, *Mussert, een politiek leven*, Soesterberg 2005.

79 John Arthur Emerson Vermaat, *Anton Mussert en zijn conflict met de SS*, Soesterberg 2011.

80 Bob Moore, 'Goed en fout' or 'grijs verleden'? Competing perspectives on the history of the Netherlands under German Occupation 1940–1945, in: *Dutch Crossing* 27,2 (2003), S. 155–168.

allein die Erfahrung „einfacher“ Niederländer ist durch die umfangreiche Tagebuchstudie von Bart van der Boom sorgfältig dargestellt worden. Die kritische Haltung gegenüber den deutschen Besatzern war durchaus prägend für die individuelle Ebene.⁸¹ Diese Stimmung beeinflusste auch das Verhalten gegenüber den Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg als „feindliche Staatsbürger“ in den Niederlanden klassifiziert wurden.⁸²

Nach den Kriegsjahren verfestigte sich das Ideal demokratischer Politik weitgehend als gesellschaftliche Norm. Diese Entwicklung betraf viele Teile der Welt, die sich auch aus dem Siegeszug der Vereinigten Staaten als neue demokratische Supermacht ergab.⁸³ In den Niederlanden fußte die Verwurzelung demokratischer Prozesse auf den heftigen Auseinandersetzungen um die Bedeutung der Demokratie in der Zwischenkriegszeit.⁸⁴ Noch während der deutschen Besetzung im März 1945 zeigte eine Befragung in Eindhoven einen großen Enthusiasmus für die Etablierung von demokratischen Wahlen. Direkt nach dem Krieg gab es viele politische Ansätze, um das politische System der Niederlande gründlich zu reformieren. Die französische Nachkriegserfahrung zeigt, dass dies sehr wohl zu den möglichen historischen Entwicklungen gehörte. Letztendlich entschieden sich die niederländischen Eliten aber dafür, die Vorkriegsinstitutionen wiederherzustellen.⁸⁵ Der Einfluss der USA als großer politischer Partner und kultureller Sehnsuchtsort wurde eine weitere Konstante der niederländischen Politik. Die durch die deutsche Besetzung unterbrochene Neutralitätspolitik der Niederlande wurde durch den Marshallplan 1947 endgültig beendet. Zwei Jahre später traten die Niederlande als Gründungsmitglied der NATO bei.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam auch der Status der Niederlande als Kolonialmacht unter Druck. In Indonesien hatten niederländische Zivilisten und Bürger in japanischen Gefangenenerlagern das Ausmaß des globalen Krieges an der pazifischen Front erlebt. Nachdem die japanische Kapitulation verkündet wurde, erklärten indonesische Aktivisten die Unabhängigkeit von der niederländischen Kolonialmacht 1945. Die Bedeutung des kolonialen Machtverlusts war

81 Bart van der Boom, *We leven nog. De stemming in bezet Nederland*, Amsterdam 2003.

82 Marieke Oprel, *Categorisation. Classification. Confiscation. Dealing with enemy citizens in the Netherlands in the aftermath of World War II (1944–1967)*, in: *European Review of History* 28,2 (2021), S. 260–277.

83 John Dunn, *Setting the People Free. The Story of Democracy*, London 2005.

84 Gijsenbergh, *Democratie* (wie Fn. 73).

85 Nele Beyens, *Overgangspolitiek. De strijd om de macht in Nederland en Frankrijk na de Tweede Wereldoorlog*, Amsterdam 2009.

enorm. Heute ist Indonesien eine der bevölkerungsreichsten Demokratien der Welt. Unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung entwickelte sich ein brutaler Unabhängigkeitskrieg, der bis heute einen schwierigen Prozess von gesellschaftlicher, politischer und juristischer Aufarbeitung für die indonesische und niederländische Gesellschaft und Demokratie bedeutet. So haben die Angehörigen und Nachfahren der Opfer der niederländischen Kriegsverbrechen Entschädigungszahlungen gefordert und teilweise erfolgreich juristisch durchgesetzt.

Die Spuren der kolonialen Geschichte können bis heute in der niederländischen Gesellschaft gefunden werden. Fast klischeehaft ist die Bedeutung der indonesischen Küche für die Esskultur. Auch die Architektur des Regierungssitzes in Den Haag ist immer noch geprägt durch das Erbe der Kolonien. Für die Geschichtswissenschaft ergibt sich aus der kolonialen Geschichte ein spannender Forschungsauftrag mit hoher gesellschaftlicher Sprengkraft. In den letzten Jahren haben sich Historiker ausführlich mit der ausufernden und extremen Gewalt während des Indonesischen Unabhängigkeitskrieges auseinandergesetzt.⁸⁶ Das Ausmaß der Gewalt ist auch aufgrund des friedvollen und harmonischen Selbstbildes der Niederlande lange übersehen wurden. Zu dieser Interpretation gehört auch die lange Tradition der Neutralitätspolitik der niederländischen Armee.⁸⁷ Ein Teil dieser Forschung wird in den kommenden Jahren noch publiziert werden.

Mit der schwierigen Aufarbeitung des kolonialen Erbes sind die Niederlande keine Ausnahme im westlichen Kontext. Die Forschung zum niederländischen Anteil am globalen Sklavenhandel ist in den gesellschaftlichen Debatten der letzten Jahre stark nach vorne gerückt.⁸⁸ Diskussionen über die Umbenennung von Straßennamen und die Anwesenheit von kolonialen Standbildern im öffentlichen Raum sind sowohl durch transatlantische Verbindungen in die Vereinigten Staaten beeinflusst, zeigen aber auch Parallelen zu deutschen Debatten. Gleichzeitig ist die niederländische Geschichtsschreibung damit beschäftigt, die Quantifizierung und globale Einordnung der früheren kolonialen Geschichte und vor allem des Sklavenhandels voranzutreiben.⁸⁹ Eine besondere niederländische Version dieser historischen Debatten ist die Diskussion um die

86 Rémy Limpach, *De brandende kampongs van generaal Spoor*, Amsterdam 2016.

87 Paul Moeyes, *De sterke arm, de zachte hand. Het Nederlandse leger & de neutraliteitspolitiek 1839–1939*, Amsterdam 2006.

88 Karwan Fatah-Black, *Slavernij en beschaving. Geschiedenis van een paradox*, Amsterdam 2021.

89 Matthias van Rossum, *Kleurrijke tragiek. De geschiedenis van slavernij in Azië onder de VOC*, Hilversum 2015.

immer noch sehr populäre Figur des „Zwarte Piet“, der im Deutschen Schwarzer Peter heißen würde. Die Kontroverse bezieht sich auf die orientalistisch anmutende Verkleidung, die Kolonialismus und Versklavung kultiviert. Das schwarz geschminkte Gesicht von *Zwarte Piet* ist mit dem Begriff *Blackfacing* aus den Vereinigten Staaten kritisiert worden. Es geht um die Frage, ob die Kindheitserfahrungen der Mehrheitsgesellschaft im Nachhinein als rassistisch einzustufen sind. Im Kontext des historischen Selbstverständnisses der Niederlande, in dem Toleranz als Schwerpunkt nationaler Identität gilt, bleibt so der Umgang mit der Kolonialgeschichte eine polarisierende Herausforderung.

4. Das Ende der Versäulung?

Konsenskultur in den Jahrzehnten nach 1960

Mit den 1960er-Jahren schien das Ende der kompromissorientierten Politik der Versäulung gekommen zu sein. Die Proteste der Nachkriegsgeneration hinterfragten den politischen Konsens der Pazifizierungsdemokratie, der seit 1917 die politische Kultur des Landes beherrschte. Als Alternative ist oft vom Entstehen der Partizipationsdemokratie von lauterer und selbstbewussten Bürgern geschrieben worden.⁹⁰ Gleichzeitig dominiert die Idee des Konsensmodells trotz aktiver und provozierender Teilnahme von neuen sozialen Gruppen bis heute das Verständnis über die niederländische Politik. Einige Historiker haben auch die Stabilisierung der niederländischen Gesellschaft durch eine neue Kultur des Konsenses und Pragmatismus in den späteren 1970er-Jahren beschrieben.⁹¹ Die Fähigkeit zu pragmatischen Entscheidungen gilt so bis heute als Grund für ein fortschrittliches politisches Klima im Land. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Stärken und Schwächen dieser politischen Kultur und der demokratischen Institutionen in den Niederlanden gezeigt. Die Transformation von westlichen Gesellschaften ist in den Niederlanden früh und umfassend in politischen Prozessen umgesetzt worden. Aber diese häufig gepriesene Offenheit der politischen Institutionen erlaubte auch das Fortbestehen und die Erneuerung von demokratiefeindlichen Kräften. Unter dem Mantel des Konsenses blieben gesellschaftliche Spannungen erhalten. So ist die Ausgestaltung von demokratischen Institutionen in den letzten Jahrzehnten wiederholt und massiv in Frage gestellt worden.

90 Liagre Böhl, *Consensus en Polarisation* (wie Fn. 71).

91 Friso Wielenga, *Nederland in de twintigste eeuw*, Amsterdam 2009; ders., *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster 2008.

Die 1960er-Jahre gelten als eine Dekade, in der sich die politische Haltung vieler passiver Bürger veränderte. Wie in vielen anderen europäischen Staaten entstand aus der Kombination von gestiegenen Geburtenraten und rasantem Wirtschaftswachstum eine neue Jugendkultur. Im europäischen Kontext gelten die Studentenproteste in Frankreich und Deutschland 1968 als gewalttätiger Höhepunkt dieser Entwicklung. In den Niederlanden bildete sich unter der Oberfläche der Säulenstruktur die erste rebellische Jugendkultur bereits in den 1950er-Jahren mit Sex, Rock-n-Roll und Drogen.⁹² Die 1965 gegründete Gruppe *Provos* war ein frühes Beispiel der europäischen Jugendkultur. Der Name der Gruppe entstand aus dem niederländischen Wort *provoceren* (provozieren) und sollte Aushängeschild des subversiven Programms sein. Dieses Programm schloss auch symbolische Aktionen der sogenannten „witten plannen“ (weiße Pläne) ein, die sowohl kostenlose öffentliche Fahrräder als auch eine soziale Wohnungspolitik forderten.⁹³ Im März 1966 ergab sich mit der Hochzeit von Königin Beatrix mit dem deutschen Diplomaten Claus von Amsberg in Amsterdam eine nahezu perfekte Gelegenheit, um die Ziele dieser Gruppe in die Tat umzusetzen. Die Veranstaltungsort der Zeremonie in der durch die Shoa besonders betroffenen Stadt war Anlass für viele junge Menschen, um auf die Straße zu gehen.

Im internationalen Vergleich ist die schnelle Befriedung der gesellschaftlichen Konflikte der 1960er-Jahre in den Niederlanden viel in der Forschungsliteratur besprochen wurden. Der Historiker James Kennedy hat gezeigt, dass vor allem die politischen Eliten sich für eine konfliktlösende Strategie entschieden. Im Gegensatz zu Frankreich und Deutschland blieb das gewaltvolle Aufeinandertreffen zwischen Staatsmacht und Studentenprotesten in den Niederlanden weitgehend aus. Selbst in den Demonstrationen gegen die königliche Hochzeit war das radikalste Mittel der Protestierenden das Zünden einiger Rauchbomben im Jahre 1966. Nur ein Jahr später trug sich *Provos* in einer avantgardistischen Aktion wortwörtlich selbst zu Grab. Die Besetzung des universitären Gebäudes des Maagdenhuis in Amsterdam durch niederländische Studenten war exemplarisch für die Deeskalationsstrategie der politischen Entscheidungsträger im Jahre 1969. Die Polizei konnte die Studenten ohne Gewaltausbruch aus den Universitätsgebäuden tragen. Um den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren, wurde der Studentenbewegung in den darauffolgenden Jahren weitreichende Konzessionen angeboten.⁹⁴

92 Eric Duivenvoorden, *Rebelse jeugd. Hoe nozems en provo's Nederland veranderden*, Nieuw Amsterdam 2015.

93 Virginie Djemila Mamadouh, *De stad in eigen hand. Provo's, kabouters en krakers als stedelijke sociale beweging*, Amsterdam 1992.

94 James Carleton Kennedy, *Nieuw Babylon in aanbouw. Nederland in de jaren zestig*, Amsterdam 2017.

Eine andere Interpretation der schnellen Entschärfung der gesellschaftlichen Spannungen der 1960er-Jahre wird vom Historiker Hans Righart gebo- ten. Righart erklärt das Entstehen und die schnelle Auflösung der Proteste mit der veränderten Sozialstruktur in den Niederlanden. Das latente Krisengefühl der Eltern- als auch Jugendgeneration hatte die 1960er-Jahre als Protestjahrzehnt angetrieben. Sowohl die Eltern als auch die Generation der Studenten sahen sich mit einer schnell veränderten Welt konfrontiert. Innerhalb dieser veränderten Gesellschaftsstruktur standen sich althergebrachte und neu entstandene Lebens- formen zunehmend diametral gegenüber. Für Righart konnten intergeneratio- nelle Konflikte vergleichsweise schnell durch das wirtschaftliche Wachstum über- brückt werden. Gehaltserhöhungen und neues Konsumverhalten erlaubten die Vermittlung zwischen den Erfahrungswelten der Generationen und die Entste- hung und Verfestigung neuer gesellschaftlicher Normen.⁹⁵ Hinzu kam, dass die explosiven politischen Themen anderer europäischer Staaten keine Rolle in den Niederlanden spielten. Die niederländische Gesellschaft musste weder den Kon- flikt um die faschistische Vergangenheit der deutschen Elterngeneration noch die rassistische Diskriminierung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung in den USA verarbeiten. Die Erfahrungen der Niederlande ähnelten denen von Großbri- tannien, wo sich die Studentenproteste auch weniger heftig und intensiv zeigten.⁹⁶

Die Abwesenheit von ausufernden Studentenprotesten scheint in das his- torische Gesamtbild der Niederlande als Musterland des Konsenses zu passen. Die Erfahrung der 1960er-Jahre sollte uns aber nicht blind für die politischen Spannungen in der jüngeren Geschichte machen. In den nachfolgenden Jahr- zehnten erlebte die niederländische Gesellschaft politische Gewalt, die mit den Ausbrüchen in anderen europäischen Staaten durchaus zu vergleichen ist. Die bekanntesten und jüngsten Beispiele waren die Ermordung des rechtspopulistis- chen Abgeordneten Pim Fortuyn und des islamkritischen Filmemachers Theo van Gogh in den frühen 2000er-Jahren. Aber bereits in den 1970er-Jahren gab es Sympathien für die Rote Armee Fraktion auf der niederländischen Seite.⁹⁷ Mehr terroristische Gewalt entstand aus den sozialen Spannungen der kolonia- len Geschichte der Niederlande. Nach dem Unabhängigkeitskrieg in Indonesien mussten die ehemaligen zivilen und militärischen Mitarbeiter der Niederlande

95 Hans Righart, *De eindeloze jaren zestig. Geschiedenis van een generatieconflict*, Amster- dam 1995.

96 Ders./Paul Luykx, *De wereldwijde jaren zestig. Groot-Brittannië, Nederland, de Vere- nigde Staten*, Utrecht 2004.

97 Jacco Pekelder, *Sympathie voor de RAF. De Rote Armee Fraktion in Nederland 1970– 1980*, Amsterdam 2007.

von der Inselgruppe der Molukken emigrieren. Die Einwanderungsgeschichte der als *Molukkers* bekannten sozialen Gruppe war divers und führte zu einer heterogenen Gemeinschaft.⁹⁸ Angetrieben von der Hoffnung auf die Rückkehr in einen unabhängigen Staat eskalierte die Situation in den sozialen Brennpunkten, in denen die Emigrierten unter schwierigen Bedingungen lebten.

1970 besetzte eine Gruppe junger *Molukkers* die indonesische Botschaft in Wassenaar in der Nähe von Den Haag. Es folgten weitere gewalttätige Aktionen, zu denen die Entführung von zwei Zügen in Wijster und De Punt, die Besetzung einer Schule in Bovensmilde und eine Geiselnahme in Assen mit Todesopfern gehörten.⁹⁹ Bis heute bleibt die Aufarbeitung dieser Ereignisse schwierig.¹⁰⁰ Ein Grund für die mangelnde Integration in das kollektive Gedächtnis mag auch der koloniale Hintergrund der Täter sein. Im Vergleich mit den auch wesentlich vom deutschen Bildungsbürgertum abstammenden Mitgliedern der RAF konnte der Ausbruch der politischen Gewalt in der niederländischen Gesellschaft scheinbaren Außenseitern zugeschrieben werden. Diese Eskalation wurde so nicht als Bruch mit der Tradition von Toleranz und Kompromiss gesehen.

Die 1960er- und 1970er-Jahre brachten die Kritik an bestehenden Entscheidungsprozessen an die Oberfläche. Die neuere Geschichtsschreibung betont die lange Natur des gesellschaftlichen Transformationsprozesses, der für den Historiker Duco Hellema in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre zum Stillstand kam.¹⁰¹ Die Versäulung im 20. Jahrhundert war weniger ein fester Zustand als ein sich entwickelnder Prozess.¹⁰² Als eines der ersten Länder entschieden sich die Niederlande für umfangreiche Reformen in gesellschaftlich umstrittenen Themen der Cannabislegalisierung, Sterbehilfe, Schwangerschaftsabbruches und Schwulen- und Lesbenrechte. Ein Grund hierfür war der starke Einfluss neuer sozialer Bewegungen. In den Niederlanden konnten selbst linke Bewegungen auf die Unterstützung einer Mitte-rechts Regierung setzen. Die weitverbreitete Norm

98 Tonny van der Mee/Domingo Tomasouw, *Andere verhalen. Molukkers in Nederland met een andere aankomstgeschiedenis of beroepsachtergrond dan de KNIL-groep van 1951*, Utrecht 2005.

99 Henk Smeets/Fridus Steijlen, *In Nederland gebleven. De geschiedenis van Molukkers 1951–2006*, Utrecht 2006.

100 André J. F. Köbben, 'Een zondebok is een nuttig dier'. Over de commissie van overleg Zuid-Molukkers-Nederlanders (1976–1978), in: *Amsterdams Sociologisch Tijdschrift* 26,4 (1999), S. 507–520.

101 Duco Hellema, *De Lange Jaren Zeventig*, in: *Tijdschrift Voor Geschiedenis* 123,1 (2010), S. 78–93.

102 Marcel Hoogenboom, *Een miskende democratie. Een andere visie op verzuiling en politieke samenwerking in Nederland*, Leiden 1996.

der Toleranz gegenüber Minderheiten innerhalb der niederländischen Gesellschaft unterstützte sowohl die Umsetzung von Frauenrechten als auch die Normalisierung der Schwulen- und Lesbenbewegung.¹⁰³

Für die Demokratiegeschichte bedeutete diese politische Partizipation außerhalb der etablierten politischen Parteien eine neue zivilgesellschaftliche Aktivierung mit internationaler Ausstrahlung. Auch wenn einige Parteien mit Mitgliederchwund zu kämpfen hatten, entstanden andere Foren der Beteiligung. Die Mitgliederzahl von Greenpeace wuchs zum Beispiel zwischen 1985 und 1990 von 80 000 auf 830 000.¹⁰⁴ Ein weiteres Zeichen für das fortschrittliche Bild der Niederlande war der Erfolg der Hausbesetzerszene in Amsterdam. Obwohl es im März 1980 sogar zum Einsatz von Panzern in Amsterdam kam, akzeptierten die Behörden letztendlich die Besetzung von vielen Gebäuden. So wurde die Hausbesetzerszene in Amsterdam zum Vorbild für andere europäische Städte und vor allem für deutsche Aktivisten.¹⁰⁵

Gleichzeitig erlaubte das offene niederländische Wahlsystem ohne 5 %-Hürde die schnelle Übertragung von gesellschaftlichen Themen in das Parteiensystem. Bereits in den 1960er-Jahren entstand die Partei D66. Der Parteiename vereinte das Gründungsjahr 1966 mit dem politischen Erneuerungswillen eines radikalen demokratischen Programms. Die Gründer von D66 um Hans van Mierlo (1931–2010) versprachen eine unideologische Alternative zu bestehenden politischen Prozessen. Die internen Parteistrukturen spiegelten diese selbst auferlegte Verpflichtung von neuen demokratischen Prozessen mit der Ablehnung von repräsentativen Strukturen und der Betonung von direkt-demokratischen Entscheidungsprozessen wider. Auf Parteikongressen waren zum Beispiel nicht ausgewählte Repräsentanten, sondern alle einfachen Mitglieder zur Teilnahme und Abstimmung zugelassen. Trotzdem ergab die Einführung neuer demokratischer Prozesse nicht unbedingt eine höhere Partizipationsbereitschaft der Mitglieder. Im Durchschnitt fand sich eine kleine Anzahl von 800 Teilnehmern auf dem Parteikongress wieder.¹⁰⁶

103 Jan Willem Duyvendak/Ruud Koopmans, Protest in een Pacifcatiedemocratie. Nieuwe Sociale Bewegingen en het Nederlandse politieke systeem, in: Jan Willem Duyvendak u. a. (Hg.), Tussen verbeelding en macht: 25 jaar nieuwe sociale bewegingen in Nederland, Amsterdam 1992, S. 39–57.

104 Wielenga, Nederland in de twintigste eeuw (wie Fn. 91), S. 287.

105 Lynn Owens, From Tourists to Anti-Tourists to Tourist Attractions. The Transformation of the Amsterdam Squatters' Movement, in: Social Movement Studies 7,1 (2008), S. 43–59.

106 Menno van der Land, Tussen ideaal en illusie. De geschiedenis van D66, 1966–2003, Den Haag 2003, S. 353.

Zusätzlich ist noch die Partei *GroenLinks* (GrünLinks) zu erwähnen, die 1990 aus den vier kleinen politischen Gruppen der *Communistische Partij van Nederland* (Kommunistischen Partei der Niederlande), *Evangelische Volkspartij* (Evangelischen Volkspartei), *Politieke Partij Radikalen* (Politischen Partei der Radikalen) und *Pacifistisch Socialistische Partij* (Pazifistischen Sozialistischen Partei) gegründet wurde. Als Teil der internationalen Umweltbewegung entstand *GroenLinks* auch aus den außerparlamentarischen Netzwerken gegen Atomwaffen und Kernenergie.¹⁰⁷ Dieser progressive Trend sollte sich bis in die 1990er-Jahre durchsetzen. Das schlechte Wahlergebnis von konfessionellen Parteien erlaubte die Bildung der sogenannte „lila“ Koalition von Sozialdemokraten, Liberalen und D66. Die Abwesenheit der Christdemokraten innerhalb einer Regierungskoalition war so ungewöhnlich, dass Ministerpräsident Wim Kok (1938–2018) den „normalen“ Status seiner Regierung öffentlich betonte.¹⁰⁸ In der zweiten Legislaturperiode wurde dann die bestehende Sterbehilfe-Regelung erweitert und die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert.

Die demokratiegeschichtliche Komplexität dieser progressiven Bewegungen ergibt sich auch in ihrem Suchen nach alternativen Formen von politischer Partizipation. Ein Beispiel für diesen langwierigen Prozess sind die Diskussionen um die Einführung eines nationalen bindenden Referendums. Der Glaube an den unmittelbaren Volkswillen ist bereits in dem Referendum der Batavischen Republik und in der Tradition der Petitionen aus dem 18. und 19. Jahrhundert zu finden. In den 1960er-Jahren wurde die Idee der direkten politischen Teilnahme durch wachsenden Zweifel an der Politik wieder relevant. Obwohl D66 eine laute Fürsprecherin für die Einführung eines Referendums war, konnte die Partei trotz ihrer Beteiligung an der Regierungskoalition diese Institution in den späten 1990er-Jahren nicht in der *Eerste Kamer* (Ersten Kammer der Generalstaaten), der Vertretung der Provinzen auf nationaler Ebene, durchsetzen. Ein vorübergehend erlassenes Gesetz erlaubte ein Referendum auf nationaler Ebene 2002, bezog sich aber ausschließlich auf ein empfehlendes Referendum. Ein Grund für das Auslaufen dieses Referendumsgesetzes 2005 war, dass im selben Jahr das niederländische Referendum über die EU-Verfassung trotz der pro-europäischen Haltung vieler Medienvertreter negativ ausfiel.¹⁰⁹ Die Unberechenbarkeit

107 Gerrit Voerman, *Een fusie in drie bedrijven. De moeizame totstandkoming van GroenLinks (1986–1990)*, in: Anthonie P. M. Lucardie/Gerrit Voerman, *Van de straat naar de staat? GroenLinks 1990–2010*, Amsterdam 2010, S. 37–61.

108 Liagre Böhl, *Consensus en Polarisation* (wie Fn. 71).

109 Andreas R. T. Schuck/Claes H. De Vreese, *The Dutch No to the EU Constitution. Assessing the Role of EU Skepticism and the Campaign*, in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 18,1 (2008), S. 101–128.

der direkten Demokratie überraschte die politischen Eliten. Erst 2015 wurde ein neues Referendumsgesetz eingeführt, das allerdings wieder auf eine beratende Funktion beschränkt war. Im selben Jahr zeigte sich eine Verschiebung der politischen Diskurse in den Niederlanden. Eine größtenteils rechtspopulistische Referendumsinitiative um die Webseite *GeenPejl* (KeinNiveau) und den Think Tank *Forum voor Democratie* (Forum für Demokratie) engagierte sich gegen einen Assoziationsvertrag zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. Die Initiative erreichte die vorgeschriebenen 30 % der Wähler für die Gültigkeit des Referendums. Seitdem ist das Thema der direkten Demokratie durch das inzwischen als rechtspopulistische Partei formalisierte *Forum voor Democratie* thematisch besetzt worden.

Das Beispiel des Referendums lässt bereits erahnen, dass politische Konflikte in der Konsenskultur weiterlebten. Das *Wassenaar Akkoord* (Wassenaar Vereinbarung) von 1980 zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen ist oft als Moment der Befriedung der sozialen Spannungen der Wirtschaftskrise beschrieben worden. Aber der Konflikt zwischen Politik und Gewerkschaften setzte sich mit Streiks und Protestaktionen nach dem gemeinsamen Tarifvertrag fort.¹¹⁰ Die Antwort der Politik war die Depolitisierung der öffentlichen Debatte und die Darstellung von staatlichen Haushaltskürzung als einzige Alternative.¹¹¹ Gleichzeitig etablierte sich auch eine Tradition von neuen politischen Strömungen auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Bereits in der Parlamentswahl von 1963 erreichte die *Boerenpartij* (Bauernpartei) von Hendrik Koekoek (1912–1987) einen kleinen Erfolg. Auch wenn die Partei schnell wieder an Bedeutung verlor, ergaben sich in den darauffolgenden Jahren weitere signifikante Entwicklungen. In den 1980er-Jahren zeigte sich erneut die hohe Volatilität des niederländischen Parteiensystems. Eine der ersten neuen rechtsextremen Parteien Europas waren die *Centrum Democraten* (Zentrumsdemokraten) von Hans Janmaat (1934–2002). Janmaat hatte bereits 1982 mit der *Centrumpartij* (Zentrumspartei) ein Mandat gewonnen. Die Reaktion der anderen politischen Parteien war die klare Abgrenzung gegen die migrationsfeindliche Partei.¹¹²

Die anfangs starke Ablehnung von rechtsextremen Parteien wie der *Centrumpartij* spiegelte das progressive Selbstbild der niederländischen Gesellschaft

110 Wielenga, Nederland in de twintigste eeuw (wie Fn. 91).

111 Merijn Oudenampsen, Between Conflict and Consensus. The Dutch Depoliticized Paradigm Shift of the 1980s, in: Comparative European Politics 18,5 (2020), S. 771–792.

112 Jan de Vetten, In de ban van goed en fout. De bestrijding van de Centrumpartij en de Centrumdemocraten (1980–1998), Uitgeverij 2016.

von Toleranz und Aufgeschlossenheit wider.¹¹³ Die Bedeutung dieses Selbstbildes veränderte sich aber in den folgenden Jahrzehnten. Zum einen gab es neben der progressiven Grundstimmung auch stark konservative Kräfte mit einer langen politischen Tradition. Die *Staatskundige Gerefomeerde Partij* (SGP, Reformiert Politische Partei) ist ein Beispiel für die unterschiedlichen Demokratieauffassungen, die die niederländische Gesellschaft charakterisieren. Die SGP ist eine christliche Partei, deren Abgeordnete kontinuierlich im niederländischen Parlament vertreten sind. Erst 1996 ließ die Partei Frauen als außerordentliche Mitglieder zu. Seit 2006 steht Frauen auch die reguläre Mitgliedschaft und Führungspositionen innerhalb der Partei offen. Allerdings wird weiterhin erwartet, dass Frauen von repräsentativen politischen Ämtern außerhalb der Parteistrukturen absehen.¹¹⁴ Auch wenn die religiöse Politik der SGP nur von einer kleinen Minderheit unterstützt wird, ist sie ein Zeichen der gesellschaftlichen Differenzen und überraschend langanhaltender undemokratischer Überzeugungen in Teilen der niederländischen Gesellschaft.

Überdies hat der Fokus auf das Konsensmodell zu einem vielleicht für die zukünftige Politik problematischen Umgang mit radikalen Bewegungen geführt. Eine Seite der niederländischen Toleranz ist die Normalisierung von anti-elitären Bewegungen in politischen Diskursen. In den 1960er-Jahren waren es linke Bewegungen, die die niederländische Politik herausforderten und deren Forderungen schnell innerhalb des politischen Systems integriert wurden. Inzwischen haben sich aber rechtspopulistische Bewegungen in regionalen und nationalen Parlamenten etabliert.¹¹⁵ Diese Parteien zeichnen sich nicht nur durch interne undemokratische Strukturen aus, sie bringen auch xenophobische Thesen und in letzter Zeit auch Verschwörungstheorien in die politischen Diskurse der Niederlande.¹¹⁶ Im Parteiensystem zeigen sich für andere europäische Staaten ungewohnte politische Ausrichtungen. Zum Beispiel taucht die Akzeptanz von Homosexualität auch in den rechtspopulistischen Diskursen von der

113 Joseph J. M. van Holsteyn/Caspar Eric Mudde, Inleiding: 15 jaar Centrumstroming, in: Dies. (Hg.), *Extreem-rechts in Nederland*, Den Haag 1998, S. 9–16.

114 Alfons Dölle, SGP partijgeschiedenis, Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (DNPP), 29. Juli 2013, <https://dnpp.nl/pp/sgp/geschied>; Alfons Dölle, De SGP onder vuur, in: *Jaarboek Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Hg. Gerrit Voerman, Groningen 2006, S. 99–122.

115 Harmen Binnema/Hans Vollaard, The 2019 provincial elections in the Netherlands: the Rise of Forum voor Democratie after a heavily nationalized campaign, in: *Regional & Federal Studies* 31,3 (2021), S. 433–446.

116 Léonie de Jonge, Is the (Mass) Party Really Over? The Case of the Dutch Forum for Democracy, in: *Politics and Governance* 9,4 (2021), S. 286–295.

Verteidigung des liberalen Europas gegen muslimische Einwanderer auf.¹¹⁷ In dieser Weise hat die Idee des gesellschaftlichen Konsenses sich verselbständigt und die Benennung von politischen Problemen schwierig gemacht. Nachdem progressive Reformen die Niederlande in die Führungsposition gesellschaftlicher Erneuerungen in Europa katapultiert hatten, nimmt das Land seit den 1980er-Jahren mit einer Vorreiterrolle in der Erstarkung von rechtspopulistischen Parteien ein.

Schließlich hat das Konsensmodell sich so tief im niederländischen Selbstbild verfestigt, dass Verstöße gegen seine Grenzen mitunter übersehen werden. Internationale Anerkennung und lange Perioden von politischer Stabilität haben die Niederländer mit Recht stolz auf ihre Fähigkeit zur pragmatischen Kompromissfindung gemacht.¹¹⁸ Die Bodenständigkeit niederländischer Politik ist legendär und wird auch dementsprechend zur Schau gestellt. Es gibt unzählige Bilder, wie Ministerpräsident Mark Rutte mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt. Das Gebot der Toleranz in der niederländischen Politik ist aber begrenzter, als man aufgrund der progressiven Ausrichtung des Landes vermuten würde. In seiner Wahlkampagne von 2017 prägte Rutte den entscheidenden Satz „Doe normaal of ga weg“ („Verhalte dich normal oder geh weg“) und forderte vor allem von Niederländern mit Migrationshintergrund konformes Verhalten an die vage formulierte gesellschaftliche Mitte und ihre politische Kultur des Kompromisses.¹¹⁹ Das Verständnis des niederländischen Konsensmodells befindet sich aber genau wie die Definition von Demokratie in einem kontinuierlichen Prozess der Neubestimmung. In der Folge verändert sich die Bedeutung dieser Konzepte auch für politische Prozesse. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Interpretation des Konsenses durch rechtspopulistische Diskurse verschoben. Die niederländische Toleranz wird so zunehmend in Abgrenzung zu anderen kulturellen und ethnischen Gruppierungen definiert. Genau wie die Batavische Revolution im späten 18. Jahrhundert die Niederlande zum Vorreiter europäischer Entwicklungen machte, ist die Integration von rechtspopulistischen Parteien in der niederländischen Gesellschaft besonders früh aufgetreten. Die interessante Frage für die Niederlande und seine Beobachter ist nun, welche Lektionen das Land aus diesen Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten ziehen wird.

117 Paul Mepschen u. a., *Sexual Politics, Orientalism and Multicultural Citizenship in the Netherlands*, *Sociology* 44,5 (2010), S. 962–979.

118 Jan De Vries, *The Netherlands and the Polder Model. Questioning the Polder Model Concept*, in: *BMGN – Low Countries Historical Review* 129,1 (2014), S. 99–111.

119 *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, Aan alle Nederlanders*, 2017, <https://vvd.nl/content/uploads/2017/01/briefvanmark.pdf>.

5. Schlussbetrachtungen

Die Entwicklung der Demokratie in den Niederlanden scheint auf den ersten Blick vor allem durch die Tradition des gesellschaftlichen Konsenses möglich geworden zu sein. Trotz großer sozialer Diversität hat das Land eine lange Epoche von Stabilität in seinen politischen Institutionen erfahren. Diese Kontinuität wurde unter anderem durch die schnelle Integration und Befriedung von gesellschaftlichen Konflikten in politischen Prozessen möglich. Wenn man allerdings genauer hinschaut, ergeben sich in diesem friedvollen Kontext auch eine spät einsetzende Demokratisierung und viele ungelöste Konflikte. Zweifel über einen direkten Zusammenhang zwischen Konsenskultur und Demokratisierung sind deswegen durchaus angebracht. Hierbei ist vor allem ein nuanciertes Verständnis von Demokratie notwendig. Neuere geschichtswissenschaftliche Ansätze haben auf die Relevanz von unkonventionellen Beteiligungsprozessen hingewiesen. Auch die Miteinbeziehung des europäischen und internationalen Kontextes erweitert unser Verständnis der niederländischen Demokratiegeschichte. So ist der politische Konsens ein Selbstbild mit internationaler Ausstrahlung und somit eigenständiger Faktor in den politischen Entwicklungen geworden.

Die Ursprünge dieses Selbstbildes gehen auf das Poldermodell und dessen Umsetzung während der Batavischen Revolution und durch die frühen demokratischen Bewegungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts zurück. Im Gegensatz zu dem Prinzip des Konsenses wurden die demokratischen Vorhaben dieser Bewegungen auch in den Niederlanden mit Gewalt umgesetzt. Diese verstörende Erfahrung interner Gewalt ließ die politischen Eliten in den nachfolgenden Jahren von weiteren demokratischen Experimenten Abstand nehmen. So war das niederländische 19. Jahrhundert geprägt von einem verwaltenden Verständnis der Politik. Nach der Abspaltung von Belgien (1830) konnten weitere Auseinandersetzungen durch die Dominanz liberaler Politiker nach der Verfassungsreform (1848) verhindert werden. Diese politische Stabilität führte aber nicht zu einer schnellen Demokratisierung des politischen Systems. Bis in das frühe 20. Jahrhundert blieb der Zugang zu formalen politischen Institutionen durch Wahlen dem Großteil der Bürger verwehrt. Nur innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen war politische Partizipation im gesellschaftlichen Raum möglich.

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für Männer (1917) und Frauen (1919) konstituierte einen umfassenden und plötzlichen Schritt der Demokratisierung. Sowohl die Konsenskultur aus der Versäulung als auch die neue Durchlässigkeit der politischen Institutionen halfen in den kommenden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, gesellschaftliche Konflikte in politische Prozesse zu

integrieren und so zu entschärfen. In den 1960er-Jahren war dies in den neuen sozialen Bewegungen mit linkem Profil der Fall und scheint bis auf die Ausnahmen der *Centrum Democraten* auch für rechtspopulistische Parteien zu gelten. Allerdings war die politische Stabilität des 20. Jahrhunderts analytisch auch möglich, weil sie anhand von als niederländisch geltenden Akteuren verstanden wurde. Außenstehenden wurde schnell das Abweichen vom sozialen Frieden und unniederländisches Verhalten vorgeworfen. Das Selbstbild des gesellschaftlichen Konsenses verhinderte z. B. einen kritischen Umgang mit der Kolonialgeschichte der Niederlande. So sind der indonesische Unabhängigkeitskrieg und die Terrorattacken der *Molukkers* bisher wenig in der Konsensliteratur besprochen wurden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Fokussierung auf das Konsensmodell gesellschaftliche Brüche lange moderiert, aber auch in problematischer Weise überdeckt hat. Die historische Idee der Versäulung hat dazu geführt, dass der allgemeine Fokus auf der pragmatischen politischen Kultur des Poldermodells liegt.

Die Grenzen dieses Modells sind in den frühen Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts deutlich geworden. Die Herausforderungen an die politischen Eliten, die hohen Standards niederländischer Politik und Administration aufrechtzuerhalten, wird durch neue Affären innerhalb der von der *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD, Volkspartei für Freiheit und Demokratie) geleiteten Regierung unübersehbar. Es scheint inzwischen umfangreiche Probleme mit Transparenz, Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit zu geben.¹²⁰ Diese Probleme haben weniger mit einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung zu tun, die in der niederländischen Geschichte durch die Versäulung kein neues Phänomen ist. Eher ist der Kompromiss zu solch einer starken Handlungsmaxime geworden, dass eine politische Kultur des geringsten Widerstands und der Untätigkeit zu beobachten ist. Dies führte zu einer historisch gesehen beeindruckenden politischen Stabilität. Gleichzeitig wurden aber auch wichtige politische Diskussionen und Auseinandersetzungen vertagt. In diesem Sinne wäre manchmal mehr Streit um die besten politischen Lösungen angebracht. Im Anbetracht der vielen und oft ignorierten Brüche unterhalb der Oberfläche der Konsenskultur würde das auch eine umfassendere Integration von niederländischen politischen Traditionen bedeuten.

120 Vgl. die langsame Aufklärung der Toeslagenaffäre, in der Eltern durch Beihilfe zur Kinderbetreuung unrechtmäßig und diskriminierend durch die Steuerbehörde behandelt wurden und so durch hohe Schulden ihre Existenzgrundlage verloren.

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Peter Brandt, Professor (i.R.) für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen

Alexander Deycke, M. A., Wiss. Mitarbeiter im Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen

Dr. Anne Heyer, Assistant Professor in Modern History an der Universität Leiden/ Niederlande

Dr. Sven Jochem, Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Konstanz

Dr. Georg Kreis, Professor (i.R.) für Neuere Allgemeine Geschichte am Historischen Seminar und Gründungsdirektor des Europainstituts der Universität Basel

Dr. Detlef Lehnert, Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Präsident der Hugo-Preuß-Stiftung und Vorstandsvorsitzender der Paul-Löbe-Stiftung

Dr. Matthias Micus, Persönlicher Referent der Präsidentin des Niedersächsischen Landtags

Dr. Teresa Nentwig, Wiss. Referentin im Landesdienst von Baden-Württemberg

Dr. Robert Chr. van Ooyen, Professor für Staats- und Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule des Bundes sowie Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der TU Dresden

Dr. Silvia Serena Tschopp, Professorin für Europäische Kulturgeschichte an der Universität Augsburg

Dr. Monika Wienfort, Professorin für Brandenburgisch-Preußische Geschichte an der Universität Potsdam